

Posener Zeitung.

Dreiundsechzigster Jahrgang.

Mr. 409.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthaldrig für die Stadt Posen 1 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfseitige Zelle oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die am selben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Dienstag, 6. Dezember

Amtliches.

Berlin, 5. Dez. Sr. M. der König haben Allernächst geruht: Den Rittergutsbesitzer und Kammergerichts-Referendarius Dr. jur. v. Bories zum Landrat des Kreises Herford, Reg.-Bezirk Minden, zu ernennen; und dem praktischen Arzt Dr. Neuman hier selbst den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Dem Konrektor am Gymnasium zu Hadersleben, Dr. Jessen, ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Kriegsnachrichten.

Von den Hauptquartieren in Versailles, 30. Novbr. bringt der „Staatsanzeiger“ folgenden Bericht:

Der Massenaufstand, den Pariser Bevölkerungen und Privatbriefe bereits seit 14 Tagen vermuteten, ist heute unternommen worden. Dem parisiens gegen Vézay und Chevilly gerichteten Angriff von gestern folgte heut ein Vorstoß, der alle bisherigen an Zahl der engagierten Truppen und an Terrainumfang bei Weitem übertroff. Das Bombardement aus den südlichen Forts war während der Nacht vom 29. zum 30. mit einer Intensität unterhalten worden, wie sie in den etwa 70 Tagen der Belagerung von Paris noch nicht vorgekommen. Auf einige Stellungen der deutschen Armee, wie auf die von den Batzen besetzte Schanze zwischen Plessis-Piquet und Montenay auf Roses, warf der Feind seine Granaten zu vielen Hunderten. Der Erfolg seiner Anstrengungen mag danach beurtheilt werden, daß die Batzen im Ganzen einen Verlust von nur 14 Mann zu beklagen haben, von denen die größere Anzahl leicht verwundet und nur zwei tot. Da das Geschützfeuer in der angegebenen Richtung auch am Morgen des 30. mit derselben Stärke fortgesetzt wurde, so war man bis zwischen 10 und 11 Uhr eines Angriffs auf der Südseite gewarnt. Später jedoch überzeugte man sich, daß nach dieser Richtung nichts weiter als eine Demonstration beabsichtigt war. War seither einige der Südforts, besonders der Mont Valérien, letzterer eine Zeit lang mit der Geschwindigkeit von 15 bis 20 Schuß in der Minute, die Kanone bis zum Mittag fort, die Besatzungstruppen dieser Forts verhielten sich dagegen ruhig. Man bemerkte, daß im Laufe des Vormittags die sämtlichen Festungswerke auf der ganzen Linie vor Paris an der Beschaffung Theil nahmen und gegen 11 Uhr wurde in dem großen Hauptquartier Sr. Majestät, wie in dem des Kronprinzen gemeldet, daß die Franzosen von verschiedenen Richtungen her in Anmarsch seien.

Sowohl sich jetzt mit Bestimmtheit anzeigen läßt, war der Hauptstoß gegen denjenigen Theil der Zerstörungslinie gerichtet, den die Würtemberger besetzt hielten. Etwa 40.000 Franzosen debouchierten gegen die Ruinen, welche die Marne bildet, bevor sie bei Charenton le Pont in die Seine fällt. Da die Würtemberger bei der Annäherung der Franzosen sich in den Besitz der verlaufenen Dörfer Villiers, Champigny und Bonneuil sur Marne. Nach dem Ein treffen der vom 2. und 6. Corps entsandten Verstärkungen kam der Kampf zum Stehen und endete mit der Zurückwerfung des Feindes in die Forts bei eintretender Dunkelheit. Über die beiderseitigen Verluste ist bis heute Abend noch nichts bekannt. Wohl aber hat bereits konstatiert werden können, daß die Besatzung von Paris den Hauptstoß, den sie gegen die Marne führte, durch Seitenangriffe, welche gegen das Garde-Corps, das 12. (sächsische) und das 4. Corps gerichtet waren, unterstützte. Beim 4. Corps hat ein einstiges Gefecht in der Nähe von Epinal bei St. Denis, einem kleinen, 1300 Einwohner umfassenden 3 Kilometer östlich von Denis gelegenen Städtchen am rechten Ufer der Seine, stattgefunden. Das Gefecht muß hier ein ziemlich heftiges gewesen sein, da diefeits ein Verlust von 17 Offizieren gemeldet wurde. Im Ganzen wird die Zahl der ausgefallenen Truppen auf mindestens 70.000 Mann geschätzt.

Das gefürchte Gefecht stand besonders in den Dörfern Vézay und Chevilly, wohin Belagerungstruppen aus dem Fort von Villejuif und den angrenzenden Tranchen vordrangen. In Vézay empfingen Truppenabteilungen des 6. preuß. Corps (General von Tümpling) die Franzosen in den Häusern und Gehöften. In sünd bis sechs Punkten kam es zu einem hartnäckigen Bajonettkampf. Der Widerstand, dem die Angreifer an beiden Orten begegneten, veranlaßte die Führer, das Gefecht rasch abzubrechen. Die Regimenter, die französischerseits ins Feuer kamen, gehörten zu der Armee des Generals Ducrot, die Divisionsgeneral ist de Mandray. Unter den Gefangenen, deren 260 nach Villeneuve le Roi transportiert worden sind, befanden sich ältere Berufssoldaten, Männer von über 40 Jahren, welche die Fahrt in der Krim, in Italien und Argilo mitgemacht hatten, auch einige von der Belagerung in Rom. Sie schilderten den Dienst in den Tranchen, denen sie zum Theil seit beinahe 3 Monaten obgelegen haben, als höchst beschwerlich und delagierten sich über ungleichmäßige Vertheilung des Kriegsdienstes, da den Mobilgarden, die meist zwischen den Forts an den Wällen der Stadt kantonierte, der Bagag nach Paris in keiner Weise erschwert werde, während die Truppen des aktiven Heeres in den letzten zwei Monaten fast ohne Unterbrechung in den Forts konstant geblieben seien. Neben Mangel an Lebensmitteln hätten sie nicht zu klagen. Denn obwohl aus ihren Erzählungen hervorging, daß die Fleischrationen, zuletzt nur noch aus Pferdefleisch und gesalzenem Fleischwaren bestehend, seit einiger Zeit von 200 Grammes (½ Pfund) auf 150 Grammes herabgesetzt wurden, so ergab sich doch zugleich, daß die übrigen Lieferungen, besonders die an Brod und Wein, in entsprechendem Maße erhöht worden sind. Wie alle kriegerischen Unternehmungen, so ist auch der Ausfall vom 29. erst wenige Stunden zuvor den Soldaten angekündigt worden. Die Bevölkerung im südlichen Umkreis von Paris verbrachte den heutigen Tag in großer Aufregung. Namentlich auf der Terrasse von St. Germain, die einen weiten Überblick über die Festungslinie von Paris bis zum Mont Martre und bis St. Denis gewährt, bildeten sich Gruppen von Hunderten von Menschen aller Klassen, die aus den näher gelegenen Dörfern zusammengetrieben waren. Sie ergingen sich in Muthmühungen über eine Schlacht, die wie sie glaubten, im Norden der Hauptstadt gefochten werde. Die Haltung der Menge war eine erwartungsvolle, aber ruhige. Die Ansicht der Bevölkerung begnügt sich dahin zu neigen, daß der hartnäckige Widerstand der Pariser hoffnungslos sei.

1. Dezember, Mittags. Die feindliche Kanonade, die in den Abendstunden, wenn auch mit geringerer Kraft, fortgesetzt wurde, hat über Nacht aufgehört. Bis zur Stunde, 1 Uhr Mittags, sind keine Nachrichten von neuen Feindseligkeiten eingetroffen.

Am 3. und 4. Dezember sind entscheidende Schläge gegen die Loire-Armee geführt worden. Nachdem dieselbe am 3. bis in den Wald von Orleans gedrängt worden war, wurde sie am 4. in die Stadt selbst geworfen, welche in der Nacht vom 4. zum 5. durch die deutschen Truppen besiegt wurde, wie es nach der neuesten französischen Depesche vom 5. den Anschein hat, ohne weiteren Kampf. Bei dieser Affaire werden in den eingetroffenen Telegrammen die Dörfer Chevilly und Chilleurs

genannt. Chevilly liegt an der Eisenbahn von Orleans nach Paris, südlich von Artenay, 2 Meilen nördlich von Orleans. Chilleurs östlich davon an der Straße von Orleans nach Paris, 3 Meilen nördlich von Orleans. Beide Dörfer liegen dicht am nördlichen Rande des Waldes von Orleans.

Aus Tours wurde am 3. Dezember folgende ministerielle Depesche verbreitet.

Eine ministerielle Depesche an die Präfekten meldet: „Die Bewegung der Loire-Armee hat gestern fortgedauert und Veranlassung zu mehreren Gefechten geboten. In einem derselben geriet General Soins, der verwundet worden, in Gefangenschaft; in Folge dieses Vorfalles wurde im Vormarsch des 17. Corps Halt gemacht. Uebrigens behalten wir unsere Stellungen. Die Stimmung der Truppen ist ausgezeichnet.“

Über die Schlacht bei Amiens wird der „Kölner Zeitung“ unter dem 30. Nov. geschrieben:

Amiens ist von dem rheinländischen Armeecorps des Generals v. Goeben besetzt. Ich sprach soeben Offiziere, welche an den vorhergegangenen Gefechten Theil genommen hatten, und diese können nicht genug rühmen, mit welcher Energie die ihm anständigen Regimenter in den letzten Lagen gekämpft hatten. Namentlich das 9. Husaren-Regiment hat eine brillante Attacke gemacht, ist in vollem Galopp auf ein französisches Marine-Bataillon losgestürzt, hat zwei Salven desselben abgefeuert und dann das ganze Bataillon über den Haufen gerissen. Unsere Verluste bei den verschiedenen Gefechten, welche der Einnahme von Amiens voraufgingen, sind leider nicht unabdingbar und laufen sich an Todten, Verwundeten und Vermissten über 1000 Mann, wobei die meisten auf die Truppen des 8., viele aber auch auf die des 1. Armeecorps fallen. Die Einnahme von Amiens ist für uns von der größten Bedeutung, wir sind jetzt Herren der Picardie. Die französische Landbevölkerung längst jetzt an den Frieden um jeden Preis zu wünschen. Das arme Land leidet entsetzlich.“

Kératry hat unter dem 28. November an Gambetta von Angers aus folgendes Schreiben gerichtet:

An den Kriegsminister in Tours. Herr Kriegsminister! Durch Dekret vom 22. d. J. haben Sie mich zum Ober-Kommandanten der mobilisierten Streitkräfte der fünf Départements der Bretagne ernannt. An diesem Tage existierte nichts. Dank dem Patriotismus meiner Landsleute und der Aufopferung meiner Offiziere war am 22. November das Lager von Conlie gebildet und uneinnehmbar gemacht. 47 mobilisierte Bataillone Bretagne, 7 Compagnies tüchtiger und disziplinirter frankfurter waren auf meinen Aufruf vollständig ausgerüstet herbeigeeilt; 9 Batterien, alle vollständig so weit, erwarteten nur das Sätteln, um mit Augen zu manöverieren. Dieses Schauspiel war einzig in Frankreich, und am 24. November, nachdem Sie alles mit eigenen Augen ansehen, drüssten Sie laut allen Mitarbeitern an diesem nationalen Weile Ihre lebhafte Vertheidigung aus, die Sie mir am nämlichen Abende auf der Präfektur von St. Mans erneuerten. Zur nämlichen Stunde war St. Mans bedroht; der linke Flügel der Loire-Armee konnte umgangen werden; die Truppen des Generals Gericke waren geschlagen worden und flüchteten von Rognac le Rotrou bis an die Thore meines Regts. Sie erließen einen dringenden Aufruf an die Loire-Armee. Ungeachtet ihrer unvollständigen Organisation, mehr auf ihrem Mut als auf ihre unbedeute Bewaffnung zählig, folgten mir am 24. November, Morgens, 10.000 Kinder der Bretagne von dem Lager von Conlie bis zum Biouac von Yore und am 26. machten wir einen Marsch von 31 Kilometres, um den Feind zu erreichen. Meine freiwilligen Matrosen zogen ihre Kanonen während 12 Stunden. Der Feind war in aller Eile abgezogen. Die Interessen der Vertheidigung gestattet uns nicht, heute ein weiteres Wort hinzuzufügen. Ungeachtet der Biten meiner Truppen habe ich Sie am 27. Nov. benachrichtigt, daß der Inhalt Ihrer Befehle, die Sie am 26. Nov. in Tours zur nämlichen Stunde erließen, wo wir zum Angriff übergehen sollten, mich in jeder Beziehung zwinge, mein Kommando aufzugeben. Sie nahmen am nämlichen Tage meine Entlassung an, die heute im offiziellen Journal hat erscheinen müssen. Den Schmerz, welchen ich empfand, die Arme zu verlassen, welche ich mit meinem braven ehemaligen Kollegen, Carre-Kerlhouet, gebildet hatte, der mit mir seine Entlassung geben zu müssen glaubte, war groß, aber er durfte mich nicht dringliche Pflichten vergessen lassen. Das Privatleben zurückgetreten, habe ich meine politische Freiheit, die ich unter der Uniform vollständig entzweit hatte, wiedererlangt. Als ich meine Mitbürger zur Vertheidigung des Vaterlands brief, hatte ich die Fürsorge für dieselben übernommen; deshalb habe ich heute die Ehre, Ihnen anzukündigen, daß, sobald die Ereignisse es mir gestatten, ich die hohe Kriegs- und Marine-Verwaltung vor dem Kriegsgericht anklagen werde; Sie und ich werden zugleich vor den Schranken des Landes erscheinen, und keines der Dokumente, welche ich unter der Hand habe, wird befeitigt werden. Gehnigmigen Sie, Herr Minister, die Sicherung meiner Hochachtung.

Graf de Keratry.

P. S. Ich habe die Dekrete und Verordnungen in den Händen, welche Sie als Minister unterzeichnet haben; Sie haben sich der großen Schwäche schuldig gemacht, Sie alle protestieren zu lassen, und dies durch eine Verwaltung, deren wirklicher Chef Herr de Loverso ist, der in allen hellsehenden Augen den Vertritt dem nicht imperialistischen Frankreich gegenüber personifiziert. Sie sind der Einzige, der es ungeachtet meiner wiederholten telegraphischen Warnungen nicht demerkte.

Über die Belagerung von Belfort berichtet ein der Chronik der Belagerung gewidmetes, in Belfort selbst erscheinendes „Journal du Siège de Belfort“ vom 26. Nov.:

Vom 23. Nov. an sind die Operationen der Belagerung in eine neue Phase getreten. Bis jetzt hatten sich die Preußen mit der Einschließung Belforts begnügt, d. h. mit der Unterbrechung unseres Verkehrs nach außen und mit einigen Arbeiten, bestimmt, sie in den Nachbarorten ruhig schlafen zu lassen; seit einigen Stunden aber großen Kanonade und Kleingewehrfeuer ununterbrochen. Mit Tagesanbruch wurden auf Requisition ausgängende Preußen in den Dörfern Offemont und Berville von Soldaten des 84. Regiments und Mobilen, welche in dem Walde von La Forêt tappirten, bemerk. Sofort wachten sich dieselben an ihre Verfolgung; von einem Einwohner Offemonts, welcher ihnen versicherte, die Preußen seien abmarschiert, jedoch getäuscht, zogen sie in dem Dorf ein, wo sie von den Preußen, welche das Haus des infamen Verräters selbst besetzt hatten, angegriffen wurden. Trotzdem daß unsere Leute ohne Deckung waren, zwangen sie den Feind, ohne große Verluste zu erleiden, zum Rückzug, auf welchen zwei Häuser von Offemont von ihnen in Brand gestellt wurden. Angefälle 15 Preußen fielen von unseren Schülern, während nur 4 der Unserigen verwundet wurden. Der verrätherische Einwohner von Offemont wurde verhaftet und dem Militär-Gericht übergeben. Nachmittags gegen 4 Uhr, während unsere auf dem Mont Talbert kampfenden Soldaten Holz für die Abendsuppe holten, suchte ein im Halbkreis deploymentndes feindliches Corps uns unter dem Schirme der Nacht zu überraschen; unsere Soldaten waren jedoch bald unter den Waffen und sofort begann ein sehr lebhaftes Engagement. Im Anfang überrascht und in kleiner Anzahl, zogen wir uns sammlich in guter Ordnung zurück, so daß es den Preußen trotz einer anhaltenden Füllade und dem wohlgenährten Feuer der Kanonen des Forts gelang, den westlichen Theil des Mont und das Dorf Gravange einzunehmen. Dieser feindliche

Überfall hatte keinen andern Zweck, als sich Bellevue's und des Forts Des Barres zu demächtigen. Schließlich giebt das Blatt von Belfort zu verstehen, daß die Preußen das glückliche Resultat dieses Überfalls nur einer List zu verdanken hätten. Hier wie bei Großwetter und überall anderswo, sagt dasselbe, wandten sie die infame List an, auf den Ruf unserer Bachen: „Werda?“ mit leiser Stimme in gutem Französisch zu antworten: „Schlehet nicht, es sind Mobilen!“ welche unerhörte Niederträchtigkeit der ganzen zivilisierten Welt der Gegenwart und Zukunft signalisirte wird, damit endlich einmal die Feinde Frankreichs nach ihrem wahren Werthe togten werden. Ist das nicht naiv?

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember.

— Am Sonnabend ist nach der „B. B. Z.“ von dem betreffenden Konsortium das erste Drittel auf die übernommenen 34 Millionen Thaler der neuen Anleihe des Norddeutschen Bundes bei der Bundes-Finanz-Verwaltung resp. bei der General-Staats-Kasse eingezahlt worden. Der Termin, bis zu welchem das Konsortium sich über die Option von weiteren 17 Millionen Thalern der gleichen Anleihe zu erklären hatte, ist, wie wir bei dieser Gelegenheit bemerkt, heute abgelaufen und hat das Konsortium die Übernahme auch dieser Summe erklärt.

— Nachdem die Zustimmung der beteiligten Regierungen in der letzten Zeit hier eingegangen, ist in den jüngsten Tagen die definitive Ernenntung des G. H. Ober-Finanzraats Göring zum General-Inspektor des Thüringerischen Zollverbandes erfolgt.

Breslau, 4. Dez. Der Fürstbischof hat den Jöglingen des Konviktes durch den Präfekten Otto erklärt lassen, daß es katholischen Theologen nicht gestattet sei, die Vorlesungen eines Privat-Dozenten der Philosophie zu hören, welcher mit schweren lichenischen Befeuern belebt sei. Es ist dieses Verbot gegen die Vorlesungen des Dr. Weber gerichtet und es wird dasselbe zweifellos die beabsichtigte Wirkung haben; doch ist Dr. Weber in der Lage, seine Vorlesungen mit einer bedeutenden Anzahl von Studirenden der philosophischen und anderen Fakultäten fortzusetzen. (Kr. Ztg.)

München, 30. Nov. Dem Vernehmen nach ist die bairische Ostbahngesellschaft durch das königliche Handelsministerium aufgefordert worden, ca. 300 Güterwagen für den Provinztransport nach Frankreich abzugeben. Es ist also auch auf den Ostbahnen (ebenso wie auf den Staatsbahnen) eine Beschränkung des Gütertransports zu erwarten.

Österreich.

Wien, 3. Dez. Wie die „Presse“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, läßt sich die Stellung der einzelnen Mächte zu der Bismarckschen Vermittlungs-Proposition in der Pontusfrage dahin zusammenfassen:

England zunächst hat den Konferenzvorschlag unter der Vorbedingung angenommen, daß die Befreiungen der Konferenz durch die vorausgegangenen Thatsachen in einer Art und Weise präjudiziert werden, daher die russische Note in Bezug auf die Kündigung des Pariser Vertrages, wenn nicht formell zurückgezogen, so doch als nicht angekommen zu betrachten sei. Italien betrachtet schon in der vorausgegangenen Zustimmung Ruhlands zu dem Konferenzvorschlag die Note vom 31. Oktober virtuell als zurückgezogen und stimmt seinerseits der Konferenz vollkommen bei. Frankreich hat ebenfalls seine Zustimmung erklärt und heißt besonders den Wunsch, Wien als den Ort der Konferenz gewählt zu sehen. Österreich hat prinzipiell seine Bereitwilligkeit zum Beitritt zu dem Vermittlungsvorschlag auch bereits ausgesprochen, die definitive Annahme jedoch von einem früheren Einvernehmen zwischen England, Österreich und der Porte in Bezug eines gemeinsamen Aufstrebens in der Konferenz abhängig gemacht, und zwar gestuft auf die Bestimmungen des Traktats vom 15. April 1866, welche Österreich und den Westmächten der Porte gegenüber bereits ein spezielles Verhältnis zwiesen. Was die in Frankreich angeregte Frage des Orts betrifft, so wird von Österreich selbst, gegenüber dem von Frankreich angedeuteten Bunsche, London als Konferenzort vorgezogen und legtess hat auch Aussicht, gewählt zu werden. Die Porte hat die Zustimmung zu einer Konferenz in London bereits gegeben. Da die von England gestellte Vorbedingung, kein Präjudiz anzuerkennen, vom Grafen Bismarck akzeptirt und deren Annahme auch in Petersburg in Aussicht gestellt ist, so handelt es sich nur noch um eine Vereinbarung in Bezug der von Österreich-Ungarn gestellten besonderen Bedingung des Einvernehmens Englands, Österreichs und der Porte, um die Konferenz als gestiftet zu betrachten.

Die „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht eine damit übereinstimmende Darstellung; außerdem ist ihr ein Bericht aus dem Delegationschef Porte zugegangen, wonach englischerseits bereits in Konstantinopel sondirt wird, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Grenzen die Türkei sich zu einer Revision des 1856er Vertrages verstehen würde, falls „Ihre Freunde“ es unternehmen, die Konferenz ohne jede spezielle Bezugnahme auf die vom Fürsten Gortschakow berührten Punkte ins Werk zu zusezten. Die „Presse“ erfährt außerdem, daß Ruhland der Porte als Kompensation für die gefündigte Additional-Konvention zum Pariser Vertrag die Garantie des ottomanischen Gebietes von Seite Ruhlands vorgeschlagen habe.

Belgien.

Brüssel, 4. Dez. Das eben eingetroffene „Journal officiel de la république française“ vom 29. Nov. schreibt in seinem Situationsberichte:

Wir wissen hier noch nicht, ob Europa da draußen sich entschließen werde, Frankreich die Mittel zu gewähren, daß es eine Versammlung einberufe, und zwar unter solchen Bedingungen, die die Freiheit der Wahl und das Gewicht der Gewählten verbürgen. Mag immerhin das Gemetzel fortduern, wenn Europa dies zuläßt und das preußische Gouvernement darauf bekehrt will. Was immer jedoch geschiehen und kommen mag, Frankreich, welches den Krieg nicht gewollt, welches überhaupt keinen Krieg mehr will, wird aus diesem Gemetzel unverkleinert mit seinem ganzen Gebiete und seiner ganzen Ehre hervorgehen.“

Der brüsseler „Gaulois“ veröffentlicht ein Schreiben des Herzogs von Gramont, dem wir folgendes entnehmen:

In London wird ein in französischer Sprache geschriebenes Journal veröffentlicht, welches sich „International“ nennt. In seiner Nummer vom 29. finden Sie einen Artikel, welcher die Ur-

sachen des Krieges auf die St. Gotthard-Affaire zurückführt, und dieser Artikel wird Ihnen, ich seye dieses voraus, kein Erstaunen bereiten. Ich bestätige jede Idee einer Polemik und beschränke mich darauf Sie zu bitten, das förmliche Dementi einzurüsten, welches ich den folgenden Seiten gebe, die sich im Artikel des „International“ befinden. „Wir wollen heute nur zwei Beispiele zitieren, welche beweisen, wie art Frankreich betrogen worden ist. Vor dem letzten Zwischenfall Benedetti's haben die Kanzleien eine schriftliche Mittheilung erhalten, welche kund gab, daß der König von Preußen als König und Familienoberhaupt die Zurückziehung der königl. Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern fordert habe. Diese Mittheilung wurde der Kammer und Frankreich sorgfältig gehalten, und man gab Herrn Benedetti den Befehl, Verhandlungen zu stellen, die nothwendiger Weise eine Begehrung zur Folge haben müßten.“ Diese B. Abplung ist radikal, absolut falsch. Die Mittheilung, von der die Rede ist, hat niemals existirt; die Kanzleien konnten sie deshalb nie empfangen. Kein Altenstück wurde der Kammer oder Frankreich gehalten, alle Altenstücke wurden den parlamentarischen Kommissionen vorgelegt, und ich zdere nicht, zu behaupten, daß, wenn der König von Preußen seine Zustimmung gegeben hätte, als König und Familienoberhaupt die Zurückziehung der spanischen Kandidatur zu befahlen, die Debatte sofort und friedlich beigelegt worden wäre. Für den Augenblick halte ich es für passend, mich auf diese Rettifikation zu beschränken und Ihnen Lesern die Sorge zu überlassen, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Herzog v. Gramont.

Der ehemalige Minister des Neuforts, Herzog v. Gramont, treibt hier, wie die „Kölner Ztg.“ sagt, Wortklauberei. Den Kanzleien war freilich nicht die Mittheilung zugegangen, daß der König von Preußen dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der Kandidatur untersagt, wohl aber die, daß der Prinz derselben entsagt habe. Der Herzog v. Gramont gab sich aber damit keineswegs zufrieden, sondern verlangte, daß die Besetzung der hohenzollerischen Kandidatur zugleich eine Demuthigung für den König von Preußen sei, wohl wissend, daß man dem eine Begehrung entgegenstellen würde. Uebrigens hat der Herzog von Gramont seit 1866 für den Krieg mit Preußen gewirkt, und es ist stark, daß dieser heillose Mensch, der so viel Unheil über die Welt gebracht, es wagt, nochmals vor die Defensibilität zu treten. — Die Leiche des englischen Obersten Pemberton, der in den Reihen der preußischen Armee als Berichterstatter der „Times“ seinen Tod vor Sedan gefunden, ist in Antwerpen in diesen Tagen an Bord eines englischen Schiffes zur Beförderung nach England gebracht worden. — Täglich passieren flüchtige französische Kriegsgefangene, die in Bekleidung aus den deutschen Depots desertirt sind, unsere Grenze, um sich nach Frankreich zu begeben. Gegen die Emeuten und Fluchtversuche der hier internierten Gefangenen haben sich alle Vorfahrungen bisher erfolglos gezeigt.

Frankreich.

Über das Lager von Conlie schreibt der „Domocrate Breton“:

Dieses Lager liegt fünf Stunden nordwestlich von Le Mans an der Westbahn auf einem Hügel, der so groß ist, daß dort 100,000 Mann kampieren können. Das Hauptquartier befindet sich in einem Meierhof, der auf dem höchsten Punkte liegt; von dort aus läßt sich das ganze Lager überblicken. Nach der einen Seite trifft der Blick auf die Eisenbahn und die kleine Stadt Conlie; auf allen anderen Seiten sieht man zahllose Zelte, bataillonsweise gruppiert, Baracken für die Lazarethe und Grabstätten für die Offiziersküchen. Überall steigt der Rauch der Kochherde auf. Vor den Zelten sind die Waffen zusammengekehrt, dagewünscht, wimmelte es wie in einem Ammensehausen. Das Leben ist ein hartes, Vormittags wird geschantzt und exerziert; Nachmittags exerziert oder ein Übungsmarsch gemacht und das Alles in einem mehrere Zoll tiefen Roth von zähem gelbem Löhn. Auch des Nachts ist keine Ruhe, da zur Übung oftmals Alarm gebläst wird, als wenn die Preußen im Anmarsche wären; Niemand legt die Kleider ab. Nach abgeholtrem Appell kehrt dann Alles wieder in sein Bett zurück, oft vom Regen bis auf die Haut durchnäht. Die Zelte sind so geräumig, daß jedes 6 Soldaten

für sich Platz findet; die Regierung liefert nichts als das Stroh zur Unterlage und eine Decke; wer sich einen Kupfer verstatte kann, schafft sich ein Schaffell an, um sich gegen die Feuchtigkeit des Bodens besser zu schützen. Ein Paar Holzschuhe muß Jeder haben, selbst Offiziere in vollständiger Uniform tragen solche; zahlreiche Buden halten solche Schuhe zum Verkauf feil. Die Soldaten kochen in Töpfen von Weißblech über freiem Feuer; einige Kompanien haben jedoch große Kessel mit Decken darunter. An Nahrungsmitteln fehlt es nicht; man hat Brod, Wein, Gemüse, Kaffee, Zucker, Salz, Waffer und Holz in genügender Menge; nur der Wein ist etwas knapp, $\frac{1}{4}$ Liter täglich für den Mann. Es herrscht im Lager eine große Lustigkeit, welche selbst diejenigen angestellt hat, die mit schweren Herzen ihre Familie verlassen haben. Die Disziplin macht sich allmälig; doch hat das Kriegsgericht ab und zu zu thun und es ist nicht milde in seinen Urtheilen. Seit dem 22. hat man begonnen, bessere Waffen an die Mannschaften auszuteilen. Der Gesundheitszustand ist gut; die Zahl der Kranken nur gering; Erkrankungen und Blattern, die indessen wenig gefährlich sind, sind die häufigsten Krankheiten.

Arras, 3. Dezbr. Eine Proklamation des General-Kommandanten des Pas de Calais, Châgère lautet:

Einwohner von Arras! Gegenüber den Verbreitern des verleumderischen Gerüchs, Euer Vertheidigungsconseil habe Euch noch vor der Annäherung des Feindes verkauft und verrathen, erkläre ich auf meine Soldatenrechte: Das Vertheidigungsconseil ist unmöglich, die Stadt bis ausschließlich zu vertheidigen. Den Feigling und Verleumder werde ich mit den ganzen Strenge des Gesetzes begegnen.

In Contres bei Bordeaux soll jetzt ein Lager gebildet werden, worin die mobilisierten Nationalgarden und die Franc-tireurs der Departements Basses Pyrénées, Landes, Lot et Garonne, Dordogne, Gironde, Charente und Charente Infanterie eingebürgert werden sollen. Man erwartet dort den Besuch Gambetta. — Dreißig Seminaristen von Auch (Gers-Departement) sind zu Charente abgegangen, um in dessen Freicorps einzutreten. — Die Einwohner von Orleans legen vor der Statue der Jeanne d'Arc Immortellen- und Blumenkränze mit Motto und Inschriften, wie „Sauvez la France, sainte héroïne“, nieder.

Spanien.

Madrid, 25. Nov. Die studentischen Kundgebungen gegen den neugewählten König dauern fort; am italienischen Gesandtschaftshotel wurden die Wappen mit Roth und faulen Eiern beworfen; der Chef-Redakteur des „Impartial“ Abgeordneter Gasset y Artyme koante sich nur durch die Aufnahme von Polizisten in sein Büro gegen die Gefahr, durchgeprügelt zu werden, schützen. Die Freiheit der verhafteten Studenten wird sturmischi verlangt. Der interimistische Zivil-Gouverneur hat in Folge dieser Vorgänge einen sehr strengen Bando erlassen, der ganz dieselben Bestimmungen, wie ein im Jahre 1865 unter ähnlichen Umständen erlassene Bando Gonzales Bravos enthält. In Santander, Saragossa und Salamanca fanden ebenfalls studentische Unruhen statt, die jedoch von langer Dauer waren. Man spricht davon, daß die Verlegung der Universität von Madrid nach Alcola de Henares beabsichtigt werde. — Der vor Gericht stehende Bischof von Osma ist aus seiner Diözese verschwunden, ohne daß man weiß, woher er sich begeben hat. Aus Anlaß der Königswahl hat die Regierung die gegen mehrere karlistische Infusurgen der baskischen Provinzen verhängte Todesstrafe umgewandelt. Ruiz Zorrilla, der als Präsident der Cortes und Sprecher der Deputation dem Herzoge von Asturias die auf ihn gesetzte Wahl zum Könige mittheilen wird, hat vor seiner Abreise nach Italien mehrere Hundert Briefe an Personen in den Provinzen erlassen, worin dieselben erläutert werden, eine dem Herzoge von Asturias günstige Stimmen zu erhalten. In Sevilla haben am 21. und 22. auf den Straßen großerartige Kundgebungen von Studenten und von Männern aus dem Volle stattgefunden, wobei ein ganz regelrechtes Leichenbegängnis des Herzogs von Asturias veranstaltet wurde. Der Zivilgouverneur Machon, welcher sich dem Widerstand widersetzt, wurde ausgeschlossen und mit Steinwürfen bis in seinen Palast hinein verfolgt und die Studenten sangen aus vollem Halse ein De profundis und so oft ein Beamter: „Es lebe der Herzog von Asturias“ zu rufen versuchte, ließ sich das Geschrei: „Tod dem Herzog von Asturias“ hören. Etwa zahlreiche Kavalleriecharge und das Escheinen mehrerer Batterien verhinderten die Ruhe wieder herzustellen.

Evaluationskommissionen und Sanitätszüge.

SN Epernay, 30. November.

General November ist zu Ende. Er hat zwar viele Temperaturschwankungen und wässrige Niederschläge gebracht — aber die Hoffnung der Franzosen, er werde unser Heer durch Krankheit dezimieren, nicht in Erfüllung gehen lassen.

Denn der Gesundheitszustand unserer Truppen ist nicht schlechter, im Gegenteil während des Novembers besser geworden. Wenigstens sind unsere Lazarette hier nicht mehr so genau überfüllt als im September und Oktober. Und das Gleiche wird wohl statt haben in den übrigen Lazaretten des Inlandes und der okkupirten französischen Landesteile. Abgesehen von den Verwundeten übersteigt die Krankheit der deutschen Heere gewiß nicht die Normalzahl der französischen Militärs in Friedenszeiten, ca. fünf von Hundert.

Dagegen hat der November uns wieder zwei entschiedene Fortschritte in der Sanitätspflege gebracht: „die Evaluations-Kommissionen und die Sanitätszüge“. Mag es gestattet sein, über die Aufgabe, Einrichtung und Wirksamkeit dieser humanitären Anstalten vom Haupt- und Zentral-Brennpunkt derselben — Epernay, Weißenburg und Saarbrücken — Einiges zu veröffentlichen.

Die Evaluations-Kommissionen sollen für geregelte Unterbringung und Transport derjenigen Verwundeten und Kranken Sorge tragen, die von der Armee nach rückwärts dirigirt werden müssen. Bis jetzt sind in Weißenburg und seit dem 20. November in Epernay je Eine solcher Königlichen Kommission in Tätigkeit.

Sie bestehen aus einem höheren Stabsoffizier als Vorsitzenden, nebst Kommandirten Offizieren, einem Stabsarzt, einem Johanniter-Ritter als Vertreter der freiwilligen Krankenpfleger, einem Eisenbahn-Beamten und vielem ärztlichen und Pflege-Personal etc.

Der Geschäftszug ist hier folgender:

Nachmittag gegen 4 Uhr treffen vorher annonciert pr. Bahn oder zu Wagen aus dem ganzen Rayon der Lazarethe von West, Süd und Nord des General-Gouvernements Rheims die Verwundeten und Kranken hier ein, circa 500—1000 täglich; sie werden sogleich in die eigens dazu am Bahnhof hergerichteten Lokalitäten zu ihren sehr gut ausgestatteten Lagerstellen geführt, Körperlich gepflegt, verbunden etc., und es wird dann unter ihnen die Auswahl getroffen für die vorwärts gelagerten Lazarette, deren freie Lagerstellen bereits telegraphisch gemeldet worden sind. Schwerer Erkrankte werden den hiesigen Lazaretten überwiesen. Alle Andern, am andern Morgen um 8 und 9 Uhr über Weißenburg oder Saarbrücken dirigirt, je nachdem die Mehrzahl in Süds- oder Norddeutschland ihre Heimat hat. Die Hauptbeförderungsmittel für die Evaluations-Kommissionen sind seit

Kürzem, die sogenannten Sanitätszüge. Bis jetzt müssen leider die armen Verwundeten und Kranken oft die höchst straßigste Reise von 3—8 Tagen in sehr unzureichenden Transportwagen zurücklegen. Die Zahl der Kranken und Verwundeten war zu groß, und die staatlich vorgeschriebene Einrichtung der Krankenwagen konnte nicht ausreichend zur Geltung kommen. Der Truppen-Transport etc. auf der einzigen Route Nanteuil-Epernay-Weißenburg absorbierte alle Verkehrsmittel.

Wer die oft erbarmenswerthe Lage unserer kranken und verwundeten Krieger auf dem Transporte gesehen, der muß zum innigsten Dank sich verpflichtet fühlen, gegen Ihre Majestät die Königin, durch deren hochherige Fürsorge nun die durch den Staat und durch Privatvereine ausgerüsteten Sanitätszüge jene Armea aufzunehmen, in denen sie wohlgebetet meist, und mit allem Nöthigen versorgt werden. Es gleichen diese Züge mehr oder minder gut ausgestatteten fahrenden Lazaretten und werden immer mehr sich vervollkommenen.

Sie bestehen aus einer Anzahl verbundener Waggons, deren Eingangstür an ihrer schmalen Breitseite liegt, so daß man auch während der Fahrt vom ersten bis letzten derselben durch einen Mittelgang durchschreiten kann. Zu dessen beiden Seiten sind nun entweder übereinander hängende durch Gummiringe gehaltene Tragbahnen angebracht, oder noch praktischer, wie in den bayrischen Zügen auf starken Druckfedern stehende Betten — etwa 100 Schwerkranken und Verwundete können so sehr bequem liegen — ohne Einschüttung eine so lange Reise zurücklegen, die selbst den Gesunden um wie viel mehr den Kranken sehr peinlich und anstrengend ohne diese schöne Einrichtung sein würde.

Leichter Kranke sitzen im Wagon mit Polsterstühlen oder auf Holzbänken. Für 100—150 solcher Kranken ist Raum in einem Sanitätszuge. Den Personenwagen folgen Küche, Apotheke, Vorrathswagen. Daß alle Waggons geheizt, erleuchtet und gut ventilirt werden, daß hinreichendes — meist der freiwilligen Krankenpflege angehörendes ärztliches Pflege- und Küchenpersonal und alle sonstigen Lazarethrequisiten genügend vorhanden sind, bedarf bei der Fürsorge, die nun auch diesem Theile des Sanitäts-Dienstes gewidmet wird, nicht noch der besondern Versicherung.

So einfach dies Alles dem Fernstehenden klingen und erscheinen mag, er komme und sehe; und wird dann die Riesenarbeit würdigen, die dazu gehört, diese nun in Thätigkeit gebrachte Maschine einzurichten und in regelmäßigem und erprobtem Gang zu erhalten. Wie viele Kräfte gehören zu solchen Evaluations-Kommissionen, wie müssen sie oft von Früh bis oft über Mitternacht hinaus arbeiten, welche Mühen und Sorgen übernehmen die Ausrüster und Führer der Züge — welch anderes und Nahrungsmaterial ist zu beschaffen und immer und wieder täglich zu ergänzen, und wie muß auch hierbei die frei-

Rußland und Polen.

Wilna, 1. Dezember. Nach einem Erlass des Kriegsministers, vom 18. v. M. werden die Mannschaften, welche zum Exej für den März bestimmt waren, schon im Januar einberufen werden und für die Zeit vom 15. bis 28. März sind neue Aushebungen bestimmt, wozu sich alle vom 1. Januar 1849 bis Ende Dezember 1850 geborenen jungen Männer, die bis jetzt zurückgestellt, oder noch gar nicht vorge stellt waren, einzufinden haben. Nur notorische Scruppel oder Geisteskrankte sollen von der Gestellung dispensirt sein. Im Oktober 1872 werden die im Jahre 1866 eingestellten Leute zur Reserve entlassen und sollen aus ihnen die Stämme für die Bataillone gebildet werden. Das neu einzuführende Verfahren bezüglich der Heranbildung eines ersten und zweiten Aufgebots aus den zu entlassenden Truppen wird auf viele Schwierigkeiten stoßen, indem die herkömmliche Praxis zu tief im Volke wurzelt und die frühere Heeresverfassung zu sehr mit den Institutionen und der Verwaltung des Landes verwachsen ist, als daß sich solche Änderungen, wie man sie vorhat, so ohne Weiteres durchführen lassen sollten. Auch das Aufhören der Stellvertretung und die Pflicht der Selbstableistung des Soldaten Dienstes wird schwer empfunden werden, und doch ist die Durchführung eines Wehrsystems ohne diese Maßregel nicht möglich.

Norddeutscher Reichstag.

6. Sitzung.

Berlin, 5. Dezbr. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Delbrück, v. Treitschke und Andere. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der drei Verträge des Bundes mit Baden-Hessen, mit Württemberg und mit Bayern. Zugleich erstreckt sie sich auf den präjudiziellen Antrag der Fortschrittspartei: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen aufzufordern, diejenigen Schritte zu thun, welche den süddeutschen Regierungen und verfassungsmäßig dem Reichstag des Norddeutschen Bundes gegenüber erforderlich sind, um die deutsche Verfassung einem, nach den Wahlgesetzen zum Volksparlament gewählten, gemeinsamen Reichstage zur Vereinbarung mit den deutschen Regierungen vorzulegen.“

Die allgemeine Debatte leitet Präsident Delbrück ein. M. H., als im Frühjahr 1867 die Verfassung brochen wurde, auf Grund deren wie hier verfaßt und gehandelt sind, gab es einen Gedanken, in welchem bei aller sonstigen Meinungsverschiedenheit die Freunde und die Gegner des damaligen Verfassungsentwurfs sich zusammenfanden, der Gedanke nämlich, daß die damalige Begrenzung des Bundesgebietes nicht auf die Dauer feststehen dürfe. Die Gegner der Verfassung machten es ihr zum Vorwurf, daß sie überhaupt diese Grenze enthalte; die Freunde der Verfassung rühmten es ihr als einen Vorzug nach, daß sie so gesetzter sei, um den Eintritt der süddeutschen Staaten in das Bundesverhältnis möglich zu machen. Seinen prägnantesten Ausdruck fand dieser Gedanke, als der Reichstag auf den Antrag der damaligen Herren Abgeordneten für den Berliner Wahlkreis und für Donabrück mit sehr großer Majorität beschloß, dem letzten Artikel der Verfassung den Satz hinzuzufügen: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Gesetzgebung.“ Dieser damals mit sehr großer Mehrheit angenommene und in die Verfassung übergegangene Satz hatte nach der Abstimmung seiner Ueberer den Zweck, auszusprechen, daß das Ziel und die Aufgabe der deutschen Nation eine volle staatliche Vereinigung aller ihrer Theile sei.

Die Vorfälle, in denen Berathung Sie heute eintreten, haben die Aufgabe, diesen abermals ausgesprochenen Gedanken zu erfüllen. Sehr rascher, als es bei der Berathung der Verfassung gehofft werden konnte, rascher, als es selbst die lebhaftesten Anhänger der deutschen Einheitsidee zu erwarten wagten, hat ein großes weltgeschichtliches Ereignis sämmtliche deutschen Stämme mit dem Bewußtsein erfüllt, daß die Zeit gekommen sei für die volle staatliche Vereinigung aller Theile Deutschlands, und die sämmtlichen

willige Krankenpflege aufs kräftigste beispringen und die staatlichen Organe unterstützen.

So bilden die Evaluations-Kommissionen und Sanitätszüge einen auf neuer Basis konstruierten Faktor der Zuführung der Verwundeten, Kranken und Rekonvaleszenten in die im Rücken der Armee liegenden Kriegs-Stationen-Lazarette, oder in die Heimath. In allen diesen sollen jene Heilung und Besserung erfahren, und sie sind die eigentlichen Stätten, in denen die unausgefaßte viele Monate ausdauernde, anstrengende Thätigkeit entfaltet wird zur Errichtung des einen hohen Ziels: Diejenigen die für uns geblütet haben, diejenigen die Leben und Gesundheit gefährdet haben für das Vaterland, zu pflegen und zu heilen.

Was dafür mit den zugänglichsten Mitteln im Inlande geleistet wird — ist zu oft anerkannt, um es nochmals hervorzuheben. Aber auch in Feindesland wird in Unbetracht der ungeheuren, entgegenstehenden Schwierigkeiten durch höchste Aufopferung aller Kräfte das Erfolgslichste geleistet.

So erfreuen wir uns hier in Epernay vorzüglicher Lazarette — jetzt 11 an der Zahl in denen nahe an 2000 kranke und Verwundete seit Mitte September längere oder kürzere Zeit verpflegt worden sind. Vorzüglich begünstigt durch die dazu ausgesuchten Lokalitäten sind 500 Lagerstellen hergerichtet — früher waren es sogar an 700 — die alle Anforderungen der Hygiene erfüllen. Freilich mußten aus einem Chaos diese mit unendlicher Mühe erst eingerichtet und alle Requisiten mit Kampf geschafft werden. — Die internationale Krankenpflege wirkt übrigens hier in seltener Harmonie. Außer den staatlich disziplinierten zwei Aerzten sind es freiwillig Dienstleistende fast aller Nationen, hierzu kommen die überaus trefflichen Diakonissen und französische Schwestern, Vertreter der dem Krankenwesen gewidmeten Orden und Vereine, Seelsorger etc. Alle sind sie dem einen gemeinsamen Zwecke willig und unausgefeilt thätig in Dienstleistungen, welche gewiß ihrem Range und ihrer sonstigen sozialen Stellung nicht entsprechen.

Ohne Unterlaß fort und fort strömen auch die freiwilligen Gaben und ermöglichen eine, allen Heilzwecken entsprechende Krankenpflege, wie sie nur ein gut stütztes Privathaus einem Kranken gewähren kann. Und wie hier zu Epernay herrschen gewiß auch gleiche Verhältnisse in anderen Lazaretten in Feindesland. So segt nicht blos der Soldat im Felde Leben und Gesundheit ein — leider raubt auch der so viele Monate andauernde, aufreibende, durch keine Ruhe wieder erfrägtige Lazarethdienst im Rücken der Armeen manche brave Seele. Und trotzdem schrecken die andern nicht zurück — in ihrer rastlosen Selbstaufopferung und Wirksamkeit, — leidend und trauernd mit ihren Kranken und über ihre Toten — voll Freude über jeden Genesenden.

süddeutschen Regierungen bestimmt, mit dem Nordb. Bunde zur Begründung eines Deutschen Bundes zusammenzutreten. Glauben Sie mir, mit einigen Worten den äußeren Hergang darzustellen, aus welchem sich die Ihnen vorliegenden Verträge entwickelt haben. Die Initiative kam von Bayern. Die lgl. bairische Regierung gab im Laufe des September dem Bundespräsidium zu erkennen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands, wie sie durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführt sei, nach ihrer Überzeugung es bedinge, von dem Boden der völkerrechtlichen Verträge, welche bisher die süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde verbanden, aber zu einem Verfassungsübereinstimmung überzugehen. Sie verband mit dieser Mitteilung den Ausdruck des Wunsches, mit einem Bevollmächtigten des Präsidiums über die Vorschläge in Beziehung zu treten, welche sie zur Ausführung ihres Gedankens vorbereitet hatte. Das Präsidium beeilte sich diesem Wunsche zu entsprechen, und es wurde mit der Befehl zu Thür, mit zu diesem Zweck nach München zu begeben. Der Zw. war nicht eine Verhandlung, sondern eine Anerkennung der Vorschläge, die von der lgl. bairischen Regierung vorbereitet waren, eine Besprechung dieser Vorschläge aus der Kenntnis der Verhältnisse heraus, die mir meiner Stellung nach beizuhören, die einzige Aufführung, welche ich erhielt, war die, mich jeder Aufführung zu enthalten, welche geäußert werden könnte, als ob das Präsidium im jetzigen Moment gefonnen sei, auf die freien Einflüsse eines treuen und bewährten Allianzen auch nur den entferntesten Druck auszuüben. Die Besprechungen in München fanden statt und wurden wesentlich gefördert dadurch, daß die württembergische Regierung durch eines ihrer Mitglieder an diesen Besprechungen teilnahm. Während das Ergebnis dieser Besprechungen der Erstzusage des Bundespräsidiums unterlag, wurde von Stuttgart aus der Wunsch ausgesprochen, die in München eingeleiteten Besprechungen in Versailles fortzuführen und zu ergänzen, namentlich nach der militärischen Seite hin, indem der württembergische Vertreter in München nicht in der Lage gewesen war, sich über diesen vorgangsweise wichtigen Teil der Verfassung weiter, als in einer allgemeinen Aufführung zu äußern. Gleichzeitig mit dieser Aufführung erfolgte der offizielle Antrag Badens auf Einführung in den Nord. Bunde. Das Präsidium konnte nicht zögern, diese Anregungen zu entsprechen, und sowohl die württembergische, als die bairische Regierung zur Zustellung vor Bevollmächtigten nach Versailles einzuladen. Es gab gleichzeitig davor nach Münchener Nachricht, indem es zur Wahl stellte, entweder ebenfalls in Versailles die münchener Besprechungen fortzuführen, oder wenn es vorgezogen werden sollte, das Ergebnis der Verhandlungen mit den anderen deutschen Staaten abzuwarten, um sodann die Verhandlungen in München wieder aufzunehmen. Endlich erklärte auch die großherzoglich hessische Regierung ihren Entschluß, mit dem südlichen Theil ihres Gebiets in den Bunde einzutreten, und so geschah es, daß in der zweiten Hälfte des Octobers Vertreter der sämmtlichen süddeutschen Staaten in Versailles zusammentraten, um über die Gründung eines deutschnen Bundes zu verhandeln. Die Verhandlungen mit Württemberg, mit Baden und mit Hessen führten sehr bald zu der Überzeugung, daß es ohne große Schwierigkeiten gelingen werde, auf Grundlage der Verfassung des Nordb. Bunde zu einer Verständigung zu gelangen; die Verhandlungen mit Bayern boten auffangs größere Schwierigkeiten, und es war auf den eigenen Wunsch der bairischen Bevollmächtigten, daß zunächst die Verhandlungen mit den drei anderen süddeutschen Staaten fortgelegt würden. Die Königl. bayerischen Bevollmächtigten fühlten das Bedürfnis, nicht ihrerseits durch die sich darbietenden Schwierigkeiten den Abschluß mit den anderen Staaten zu verzögern. So kam es, daß gegen Mitte des November die Verständigung mit den drei andern süddeutschen Staaten zum Abschluß gekommen war. Ein unvorhergesehener Zufall verringerte es, daß gleich am 15. November Württemberg an der mit ihm bereits in allen Hauptpunkten festgesetzten Verständigung teilnahm. Es wurde deshalb zunächst mit Baden und mit Hessen abgeschlossen. Währenddem wurden die Verhandlungen mit Bayern wieder aufgenommen oder fortgesetzt; sie führten rascher als es anfangs erwartet werden durfte, zum Abschluß, der in dem Vertrage vom 23. November vorliegt. Am 25. November erfolgte alsdann auf Grund der in Versailles bereits festgestellten Verständigung der Abschluß mit Württemberg.

Ich habe geglaubt, auf diesen historischen Hergang auch aus einem sachlichen Grunde eingehen zu müssen, nämlich deshalb, weil ich es betonen möchte, daß die Verträge, wie sie jetzt historisch hinter einander liegen, nicht dem Gedanken nach hinter einander entstanden sind. Als mit Württemberg, Baden und Hessen verhandelt wurde, waren die Wünsche Bayerns bekannt. Es fand von Seiten des Präsidiums keinen Anstand, einer Zahl dieser Wünsche sofort zu entsprechen. Es wurde davon, wie es nicht anders sein konnte, den übrigen verhandelnden Staaten Mitteilung gemacht; sie eigneten sich die bairischen Amendments an, und so sind in dem ersten Ihnen vorliegenden Vertrage, in die Anlage des Protokolls vom 15. November, eine Anzahl Bestimmungen aufgenommen, welche eigentlich, wenn ich so sagen darf, bairischen Ursprungs sind, der Initiative Bayerns ihren Ursprung verdankten. Indessen die Thatstätte möchte ich hier konstatieren, weil sie für die Beurtheilung des Ganzen, wie ich glaube, nicht ohne Interesse ist. Ich mache auf diesen Hergang aus einem zweiten Grunde aufmerksam, nämlich um zu erklären, weshalb in dem Vertrage mit Bayern vom 23. Nov. verschiedene formelle Zuklungen mit der Anlage des Protokolls vom 15. November und mit dem Inhalte des Vertrages vom 25. November sich vorfinden. Während der Zeit der Verhandlungen inzwischen nach Berlin verlegt war, wurde mit Bayern in Versailles verhandelt, und so ist es gekommen, daß über dieselben Gegenstände in etwas verschiedenen Ausdrücken hier und da verhandelt ist, und daß es notwendig wurde, dem Schlusprotokolle mit Bayern eine Clausula salvatoria hinzuzufügen, welche die Natur dieser nicht beabsichtigten, sondern durch die Natur der Dinge herbeigeführten Zuklungen konstatte.

Zur Sache selbst mich wendend, schicke ich voraus, daß es bei den Verhandlungen nicht unerwogen geblieben ist, ob es sich empfehle, in die neue Verfassung Bestimmungen aufzunehmen, welche, unabhängig von der in Aussicht genommenen Erweiterung des Bundesgebietes, die eigentlich verfassungsmäßige Ausbildung des Bundes zum Gegenstand hätten. Ich glaube, die zwei Fragen, die hier vorzugsweise in Betracht kommen mußten, nicht bezeichnen zu sollen; sie liegen in Aler Munde. Man glaubte indessen, daß ohne die Bedeutung dieser Fragen zu unterschätzen, ohne die Notwendigkeit der Ordnung dieser Frage im Laufe der Zeit irgendwie vereinen zu wollen, der jetzige Augenblick nicht dazu geeignet sei, um diese an sich schwierigen, zum Theil zwar viel besprochenen, aber noch wenig vorbereiteten Fragen zum Abschluß zu bringen. Man ging davon aus, daß es richtiger sei, jetzt sich auf das zu befranken, was unmittelbar durch den Beitritt der süddeutschen Staaten geboten sei und den weiteren inneren Verfassungsausbau, dem Zusammenwirken des zukünftigen Deutschen Bundesrates mit dem künftigen Deutschen Reichstage zu überlassen. So bewegen sich denn die vorliegenden Verträge auf der Grundlage der Verfassung des Nordb. Bunde und beschränken sich darauf, in diese Verfassung dassjenige hineinzutragen, was durch die Erweiterung des Bundes unmittelbar geboten war. Die vorliegenden Verträge schließen sich an den Inhalt der Bundesverfassung an, ich habe dabei besonders hervor, weil man vielleicht darüber zweifeln könnte, daß zu dem Inhalt der Bundesverfassung nach allen diesen Verträgen auch der Eingang der Bundesverfassung gehört. Es könnte aus der Fassung der Erwägungsgründe in dem præambule des Vertrages mit Bayern hergeleitet werden, daß der Eingang unserer Nordb. Bundesverfassung, der wörtlich übernommen ist, in den Eingang der dem Protokolle vom 15. November beigelegten Bundesverfassung, verändert sei. Das ist nicht der Fall. Diese Konklusion in dem Eingange des Vertrages mit Bayern sind Konklusionen, wie sie in einem solchen Vertrage üblich sind. Akzeptirt ist unbedingt mit der Verfassung auch deren Eingang.

Die Änderungen nun, welche die Bundesverfassung erhalten hat, glaube ich in allen ihren Einzelheiten hier bei der Generaldiskussion nicht motivieren zu sollen; ich glaube mich darauf beschränken zu dürfen, die wesentlichen und eigentlich charakteristischen davon hervorzuheben. Die Änderungen charakterisieren sich in der Hauptfrage dahin, daß der söderative Charakter der Bundesverfassung verstärkt ist. Es konnte das in der That bei einer Verhandlung, die von Thatsachen ausging, nicht anders sein. Die Staaten, die dem Bunde zutreten, gehören sämmtlich zu den höheren; der größte dieser Staaten hat nicht sehr viel weniger Einwohner, wie sämmtliche Staaten des Norddeutschen Bunde mit Ausnahme Preußens. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Beitritt größerer Staaten zum Bunde das söderative Element in der Bundesverfassung nothwendig verstärkt habe, und daß, wenn man überhaupt den Abschluß der süddeutschen Staaten wollte, es ohne Anerkennung der berechtigten Seiten dieses Elementes nicht gelingen konnte. Im Einzelnen tritt dies zunächst bei einem der

wichtigsten Punkte hervor, bei der Regelung des Bundesriegswesens. Gerade bei diesem Punkte glaube ich wieder an die Verhandlungen erinnern zu dürfen, die im Jahre 1857 hier stattfanden. Der erste Redner, der damals zur General-Diskussion sprach, dessen breite Stimme zu unter Alter Schmerz verklungen ist, der damalige Abgeordnete für Reichenbach, hob es als einen Vorzug des Verfassungsentwurfs hervor, daß er Mobilisationen nach verschiednen Seiten hin offen lasse, daß er Mobilisationen in einer Form namentlich offen lasse, welche den Reisen die Möglichkeit gewähre, durch Sonderregulationen über die militärischen Verhältnisse der vollständigen Abhorbung durch die Zentral-Gewalt zu entgehen; er hob dies hervor in besonderem Hinblick auf den auch von ihm sehr gewünschten Aufschluß der süddeutschen Staaten. Der Gedanke ist ungemein einfach ein vollkommen richtig. So ist es auch in den hier vorliegenden Verträgen geschrieben. Die Guadagni des Bundesriegsverfassung: die allgemeine W. Pflicht ohne Stellvertretung, die Dauer der W. Pflicht in dem steuernden Heere, in der Reserve und in der Landwehr, die Bestimmung der Friedens-Präsenzstärke — diese allgemeinen Grundlagen sind allein dieselben. Auf diesen Grundlagen hinauf ist aufgebaut, auch vollständig übereinstimmend, die Organisation, die Formation und die Ausbildung stets zu gleich d. Präsenzstand sämmtlicher Kontingente. Es sind übereinstimmend die Vorschriften über die Mobilisierung, und die Anordnung der Mobilisierung liegt allein in der Hand des Bundesfeldherrn. Es ist ferner übereinstimmend die Geldleistung, welche von den beteiligten Staaten aufzubringen ist; es ist auch in dieser Beziehung die vollständige Gleichheit des Pflichten durchgeführt. Dies sind die großen allgemeinen und durchweg übereinstimmenden Grundlagen, welche unter Hinzutreten anderer Bestimmungen nach der Überzeugung der Männer, denen ich meinelets das entscheidende Urtheil über diese technischen Fragen zugesetzen muß, die volle Gewähr dafür geben, daß in Beziehung auf diese Bundesheer dasjenige erreicht ist, was notwendig ist.

Ich gebe nur über zu den Abweichungen. Sie liegen zunächst darin, daß im einzelnen der betreffenden Staaten die Gesetzgebung über die militärischen Verhältnisse nicht, wie es der betreffende Artikel der Bundesverfassung vorholt, sofort eingeführt werden soll. Indessen, dieser Vorbehalt ist weder zu übersehen noch in seiner Berechtigung in Frage zu stellen. Er ist nicht zu übersehen, weil das Kriegsdienstgesetz — also von den gesetzlichen Bestimmungen, die neben der Verfassung über die Militärverhältnisse bestehen, das wichtigste — in Württemberg, Baden und Hessen durch die Verfassung selbst eingeführt wird und in Bayern in jedem Augenblick im Wege der Gesetzgebung eingeführt werden kann, das bairische Kriegsdienstgesetz stimmt mit dem norddeutschen im Wesentlichen schon jetzt überein. Es gilt das letztere von dem seit Erlass der Bundesverfassung zu Stande gekommenen Gesetz über die Einquartirung im Frieden. Das Militär-Strafrecht kommt in der That in den süddeutschen Staaten jetzt nicht eingeführt werden. Dem Reichstag ist in Erinnerung, daß bereits in der letzten ordentlichen Sessjon zugestellt ist und zugestellt werden mußte, daß dem nächsten Reichstag ein Militär-Strafgezegbuch vorgelegt werden würde und zwar in naturnothwendiger Konsequenz der Änderungen des allgemeinen Strafrechts. Es könnte nicht in der Absicht liegen, den süddeutschen Staaten zuzumuten, jetzt das preußische Militär-Strafgezegbuch einzuführen, mit dessen Aufhebung und Ersetzung durch ein anderes Gesetz man eben umgeht. Damit hängt die Straf-Prozeß-Ordnung zusammen und ganz gleich liegt es mit dem Kapitelgesetz. Dem vorigen Reichstag ist schon eine Gesetzesvorlage gemacht worden, welche damals nicht hat zur Beratung gelangen können; ich zweifele nicht daran, daß dem nächsten Reichstag eine gleichartige Vorlage gemacht werden wird. Hiermit haben Sie aus der Nummeration der Gesetze, welche sich in den beigleitenden Verfassungssatzeln vorfinden, die wesentlichen und damit den Nachweis, daß es theils unabedlich, theils notwendig war, die Ausführung dieser Gesetze zu suspendiren. Es kommen nun noch andere Gesetze in Bezug, z. B. über Polizei- und ähnliche Leistungen; es sind das Vorschriften, auf deren unbedingte Gleichmäßigkeit, glaube ich, ein entscheidender Werth von keiner Seite gelegt wird, bei denen es im Wesentlichen zunächst nur darum ankommt, daß Vorschriften bestehen.

Eine erhebliche Abweichung von den Bestimmungen der Bundesverfassung findet sich in dem Vertrage mit Bayern endlich darin, daß der Oberbefehl im Frieden nicht, wie es die Bundesverfassung will, dem Bundesfeldherrn, sondern Sr. M. dem Könige von Bayern zusteht. M. O. bei dieser Frage befindet man sich wieder vor realen Verhältnissen, vor denen man seine Augen nicht verschließen kann. Das Gewicht, welches ein größerer Staat an sich hat, zugleich aber auch die Fähigkeit, welche ein größerer Staat in Beziehung auf die tückige Erfahrung einer selbstständigen Armee besitzt, haben dahin geführt, diese Abweichungen von der Bundesverfassung für zulässig zu erachten, eine Abweichung, die durch die im Übrigen dem Bundesfeldherrn zufallenden Rechte ihre Begrenzung und, soweit nötig, ihr Korrektum findet. Ich gebe nur über zu einigen mehr die inneren Verhältnisse betreffenden Abänderungen, die gleich den erwähnten die Bedeutung einer Verstärkung des föderativen Elements haben. Es kann dahin zunächst gerechnet werden, die neue Redaktion des Art. 7 der Verfassung, in welche die Attributions des Bundesrats zusammengefaßt sind, sie kann hierher gerechnet werden, denn diese Zusammenfassung von Bestimmungen, die wesentlich übereinstimmend sich an andern Stellen der Bundesverfassung finden, hat eine ins Gewicht fallende materielle Bedeutung nicht. Es wurde Werth gelegt auf diese Zusammenfassung, um an einem Ort klar zu stellen die eigentlichen Zuständigkeiten des Bundesrats, deren Ergründung aus der Bundesverfassung selbst nicht ohne ein gewisses Studium möglich war. Eine materielle Änderung des Bekleidenden ist damit kaum herbeigeführt. Es gehört ferner hierher die Schaffung eines neuen Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten. Je weiter sich der Bund ausdehnt und je mehr größere Staaten ihm hinzutreten, desto mehr tritt das sachliche Bedürfnis hervor, daß nicht bloß, wie es bisher vielfach geschehen ist, durch gelegentliche Mitteilungen an die Gesandten und an die im Bundesrat verfaßten Vertreter der Bundesregierungen, sondern an die im Bundesrat verfaßten Vertreter der Bundesregierungen, sondern an die im Bundesrat verfaßten Vertreter der Bundesregierungen, über den Gang der politischen Lage gemacht werden. Es liegt in der Natur der den Ausschüssen des Bundesrats überhaupt zugeschriebenen Funktionen, daß die Instruktion der Gesandten diesem Ausschuß nicht zufallen kann, er wird seinesfalls Kenntnis von der Lage der Dinge nehmen und wird in der Lage sein, durch diese Kenntnis, durch Anträge, die er an den Bundesrat stellt, durch Bemerkungen, die er dem Präsidium macht, auf die Behandlung der Politik einen Einfluß auszuüben. Ich habe ferner zu erwähnen den Artikel über die Revolution. Es ist die Änderung, die dieser Artikel ergänzt hat, eine faktisch nicht wesentlich; die Veranlassung zu der Änderung liegt hauptsächlich auf dem Gebiete der internationalen Konventionen. Ich komme endlich auf den Zusatz, welcher der Art. 11 der Bundesverf. in Beziehung auf die Kriegserklärung erhalten hat. Dieser Zusatz läßt sich unzweifelhaft charakterisieren als eine Verstärkung des föderativen Elements in der Bundesverfassung; sein wirklicher Charakter aber in etwas Anderem. Je mächtiger der Bund wird, je weiter er sich ausdehnt, um so mehr ist es von Interesse, auch dem Auslande gegenüber in der Bundesverfassung selbst zum Ausdruck zu bringen, was der Bund ist, nämlich ein wesentlich defensivsches Staatswesen. Diese Gedanke konnte in Klarz zutreffende Weise zum Ausdruck gebracht werden, als durch den Zusatz, den Sie hier in den Art. 11 aufgenommen haben. Einige die Finanzen betreffende Änderungen der Bundesverfassung waren nicht zu vermeiden. Sie betreffen die inneren Steuern von Bier und Brauwein. Thell ganz eindrucksvolle staatsrechtliche Verhältnisse, wie sie z. B. in Bayern im Bereich der Malzsteuer in ihrem Zusammenhang mit der Staatschuld obwalten, thell abweichende Vertriebsverhältnisse, wie sie in Süddeutschland, gegenüber Norddeutschland bestehen, ließ es jedenfalls zur Zeit nicht zu, die Besteuerung des Biers und Brauweins, wie sie jetzt im Bunde gesetzlich besteht, auf Süddeutschland auszudehnen. Es kam dazu, daß, wie den Herren allen bekannt ist, bei uns selbst erhebliche Zweifel über die Richtigkeit der Grundlage für die Brauweinsteuern sind, wie ich glaube, eine ziemlich allgemeine Unebereinstimmung darüber obwaltet, daß die Biersteuer, so wie sie besteht, nicht lange mehr fortdauern kann, und daß in einem Augenblick, wo man h. kanntlich sich mit eingehenden Ermittlungen darüber beschäftigt, ob an Stelle der Malzsteuer eine Saatsteuer gesetzt werden soll, sei es so oder so; wo man sich ferner mit der Frage beschäftigt, ob die Bierbesteuerung, wie sie in dem größten Theile des Nordb. Bunde besteht, einer Abänderung zu unterziehen sei, — in solchem Augenblick könzt man nicht füglich den süddeutschen Staaten zusummen, diese beiden Steuertypen zu zunehmen. Die notwendige Kooperation dieser Zuständigkeiten war, daß in Beziehung auf diese Steuern dafür Vorsorge getroffen werden mußte, wi. ihr Behandlung sowohl im Bundesrat, als im Reichstag stattzufinden hat. Man könnte nicht wohl davon ausgehen, daß die süddeutschen Regierungen im Bundesrat über Steuern mit zu beschließen hätten, die auf sie keine Anwendung finden; und ebenso wenig, daß die süddeutschen Abge-

ordneten im Reichstag die entscheidende Stimme bei solchen Steuerfragen mit abgeben dürfen. Es hat diese Erwägung geführt, zu den beiden Ausnahmestipulationen, die sowohl im Kapitel vom Bu. der Rechte als im Kapitel vom Reichstag hinsichtlich derjenigen Angelegenheiten sich finden, die nicht den ganzen Bunde gemeinschaftlich sind. Sodann wurde von Bayern sowohl als von Württemberg ein entscheidender Werth auf die Beibehaltung der eigenen Verwaltung der Posten und Telegraphen gelegt. Es beruht der Werth, den man der Erhaltung dieser beiden Institutionen in der Selbstverwaltung beilegt, auf verschiedenen Motiven. Das finanzielle Motiv, war nicht das entscheidende. Man wünschte theils dem Werthe lieb gewordene Einrichtungen zu erhalten, welche man bei dem Übergange auf den Bunde für gefährdet hielt; man wünschte Beamtenorganisationen zu erhalten, an die man schon seit langer Zeit gewöhnt war. Es könnte diesen Wünschen füglich und ohne Schaden für die Einheit und Gemeinsamkeit nachgegeben werden, da sowohl Bayern wie Württemberg darüber nicht im Zweifel waren, daß die Gesetzgebung des Bundes in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fassung etwas Anderes zu sagen als durch die andere. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen in Beziehung auf die Vorschriften des Titels über die Eisenbahnen, welche eigentlich reglementär und administrativer Natur sind. Der Vorbehalt beruht darauf, daß es sich in Bayern um ein im Großen und Ganzen völlig geschlossenes Gebiet handelt, in welchem Gebiete neben der Staatsverwaltung nur eine einzige Privatseidenbahn besteht, und daß man wünschte sich in Beziehung auf die Regelung dieser administrativen Verhältnisse freie Hand zu halten. Der zweite Vorbehalt wiegt schwerer, er findet seinen Ausdruck darin, daß von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes, in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fassung etwas Anderes zu sagen als durch die andere. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen in Beziehung auf die Vorschriften des Titels über die Eisenbahnen, welche eigentlich reglementär und administrativer Natur sind. Der Vorbehalt beruht darauf, daß es sich in Bayern um ein im Großen und Ganzen völlig geschlossenes Gebiet handelt, in welchem Gebiete neben der Staatsverwaltung nur eine einzige Privatseidenbahn besteht, und daß man wünschte sich in Beziehung auf die Regelung dieser administrativen Verhältnisse freie Hand zu halten. Der zweite Vorbehalt wiegt schwerer, er findet seinen Ausdruck darin, daß von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes, in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fassung etwas Anderes zu sagen als durch die andere. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen in Beziehung auf die Vorschriften des Titels über die Eisenbahnen, welche eigentlich reglementär und administrativer Natur sind. Der Vorbehalt beruht darauf, daß es sich in Bayern um ein im Großen und Ganzen völlig geschlossenes Gebiet handelt, in welchem Gebiete neben der Staatsverwaltung nur eine einzige Privatseidenbahn besteht, und daß man wünschte sich in Beziehung auf die Regelung dieser administrativen Verhältnisse freie Hand zu halten. Der zweite Vorbehalt wiegt schwerer, er findet seinen Ausdruck darin, daß von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes, in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fassung etwas Anderes zu sagen als durch die andere. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen in Beziehung auf die Vorschriften des Titels über die Eisenbahnen, welche eigentlich reglementär und administrativer Natur sind. Der Vorbehalt beruht darauf, daß es sich in Bayern um ein im Großen und Ganzen völlig geschlossenes Gebiet handelt, in welchem Gebiete neben der Staatsverwaltung nur eine einzige Privatseidenbahn besteht, und daß man wünschte sich in Beziehung auf die Regelung dieser administrativen Verhältnisse freie Hand zu halten. Der zweite Vorbehalt wiegt schwerer, er findet seinen Ausdruck darin, daß von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes, in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fassung etwas Anderes zu sagen als durch die andere. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen in Beziehung auf die Vorschriften des Titels über die Eisenbahnen, welche eigentlich reglementär und administrativer Natur sind. Der Vorbehalt beruht darauf, daß es sich in Bayern um ein im Großen und Ganzen völlig geschlossenes Gebiet handelt, in welchem Gebiete neben der Staatsverwaltung nur eine einzige Privatseidenbahn besteht, und daß man wünschte sich in Beziehung auf die Regelung dieser administrativen Verhältnisse freie Hand zu halten. Der zweite Vorbehalt wiegt schwerer, er findet seinen Ausdruck darin, daß von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes, in allen diesen Angelegenheiten, sobald sie sich nicht lediglich auf die internen Verhältnisse Bayerns und Württembergs hinsichtlich des Postos bezieht, daß die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten sich auf beide Staaten zu erstrecken habe. Ich bemerke hierbei, daß die bürgerlichen Verabredungen in dem Vertrage mit Bayern und in dem Vertrage mit Württemberg nicht miteinander rechtlich übereinstimmen. Es gehört dies eben zu den Unstimmigkeiten, welche die Verhandlung an zwei verschiedenen Orten herbeiführt. Es hat nicht in der Absicht gelegen, sachlich durch die eine Fass

er ist höchst überflüssig, ein wunderliches Institut, welches ich am besten bezeichne als die organisierte Anarchie in den auswärtigen Angelegenheiten. Es ist zugegeben, daß wir im Ganzen zwar etwas gewonnen haben, denn besser ist doch dieses organische Ganze, dieses Deutschland mit einer Verfassung, als das Deutschland der Konventionen. Aber die Schwäche dieser Verfassung tritt klar hervor, wenn das wichtigste Recht in Militärgesellschaften, die Mobilisierung, fortan nur mit Zustimmung von Bayern möglich ist. Ebenso sehen wir keine gemeinsamen Finanzen, vielmehr auch hierin nur zu klar den sördernden Charakter ohne Einheit. Die ganze Lage ist dagegen zu charakterisieren: die Verträge artikulieren die frühere Einheit nach außen, schwächen jede Entwicklung des nationalen Gesamtbewußtseins und gefährden die Entwicklung und Besserung der inneren Stände. Bildung aber, Gestaltung und Wohlstand der Nation sind vor Alem zu wahren, und für alle, welche hierin mit mir übereinstimmen, sind die Verträge absolut unannehmbar. Den Verträgen mit Baden, Württemberg und Südhessen kann man noch zustimmen, aber durchaus muß man gegen die Sonderstellung Bayerns protestieren. Sie wird uns entschuldigt rechtfertigen, weil es nicht möglich war, mehr zu erreichen. Aber bietet denn nur Bayern uns etwas, bieten wir den Bayern nichts? Wenn Bayern seine Sonderstellung bewahrt, so darf ihm auch nicht gestattet sein, in unseren Angelegenheiten mitszusprechen, dann mögen auch alle Konsequenzen seiner Stellung gezogen werden. (Hört, hört!) Und man soll uns nicht sagen, daß uns nichts besseres zu leisten möglich ist. Der tapfere, lütige deutsche Volksstamm kann etwas besseres leisten, und vor der großen Notwendigkeit der staatlichen Einigung müssen alle partikularistischen Tendenzen verschwinden, und sie werden verschwinden, wenn Sie sie vor den Richterstuhl der Nation, d. h. vor ein legales nationales Parlament bringen. M. H., bis jetzt haben wir noch keine Garantien für unsere persönliche Freiheit; man hat uns immer damit vertröstet, erst müsse die Einheit da sein, die Freiheit folge dann von selbst. Nun, wenn Sie den Verträgen in dieser Form zustimmen, so schließen Sie die innere Entwicklung unseres Vaterlandes für lange Zeit ab. (Sehr wahr!) Und sollen denn alle Kämpfe und Siege das Volk nie zu einem Resultat führen und nur dynastischen Interessen dienen? Das muß aufhören. Ein solcher Abschluß führt nur zu Katastrophen, entspricht in keiner Weise unserer nationalen Erziehung und ist kein Abbild unseres nationalen Geistes. (Bravo).

Bundeskommisar Pape: Die angeregten Kompetenz-Zweifel werden vollständig durch Art. 78 und 79 der Bundesverfassung entkräftet. Art. 78 bestimmt, daß Veränderungen der Verfassung im Wege der Gesetzgebung erfolgen, daß jedoch im Bundesrat für dieselben eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der vertretenen Staaten erforderlich ist. Die Verträge mit den süddeutschen Staaten haben diese Majorität im Bundesrat erhalten, für ihre Bautheilung ist es also ganz gleichgültig, ob sie Veränderungen der nord. Bundesverfassung enthalten, oder nicht. Art. 79 bestimmt, daß der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund auf den Vorschlag des Bundespräsidenten im Wege der Bundesgesetzgebung erfolgt. Die Forderung eines neuen Reichstages, um die Verträge mit den süddeutschen Staaten zu sanktionieren, würde uns mit dieser gesetzlichen Bestimmung in offenen Konflikt bringen; in dem Artikel ist klar und unumwundlich ausgesprochen, daß der Eintritt der Südstaaten in den Nordbund anders zu behandeln sei, wie seinerzeit die Stiftung des norddeutschen Bundes. Ebenso unterrichtigt, wie die Zweifel an der Kompetenz dieses Hauses, sind die Bedenken gegen die Verlängerung des Legislaturperiode des Reichstags. Das Bundesgesetz vom 21. Juli d. J., ein integrierender Theil der nord. Bundesverfassung, verlängert alle Kompetenzen dieses Reichstags; nur in diesem Falle eine Beschränkung anzunehmen, biege gegen alle Regeln der Interpretation verstößen und Deutschland von Neuem einer ungewissen Zukunft preisgeben.

Abg. Friedenthal: Deutsches Volk in Frankreich — dieser Ausdruck mag seltsam klingen, ist aber wahr. Dem Heere hatte sich das ganze deutsche Volk angeschlossen, in dem natürlichen Gefühl, daß dieser Kriegszug ein Kriegszug ist, das das erste, oberste und hauptsächlichste Ziel aller dieser Kämpfer Deutschlands Einigung zu einem nationalen Gemeinwesen ist. Durchdrang aber dieses Gefühl wahrhaft alle Deutschen, die auf dem Kriegsschauplatz sich bewegten, so war es natürlich, daß dort niemals ein Zweifel da über obwaltet, daß an den Krieg das Zustandekommen des deutschen Gemeinwesens sich knüpfen müsse. Als die Entwicklung der deutschen Dinge in Frankreich begann, erschien es vor Alem notwendig, daß vor Abschluß des Krieges eine neue Basis gevoren werden müsse. Es darf nicht nach einer oder der andren Seite gefeiert und gebrandmarkt werden, sondern das Ziel ist so groß und notwendig, daß man die einzelnen Differenzen vergessen muß so große Bedenken man auch haben mag. Die entscheidende Vorfrage war also, ob in gegenwärtigen Augenblick die deutschen Dinge auf dem Wege des Konstituents oder Kontrahirens der Verfassungsgründung oder Vertragsschließung einen Schritt weiter gebracht werden sollen. Redner behauptet, das Volk hat sich entschieden gegen eine Konstituante ausgesprochen. Es kann in der Behauptung, daß nur der Druck einer Volksvertretung den Particularismus zu beugen im Stande gewesen wäre, doch nur den Weg bezeichnet finden, der zu befolgen ware; daß man die deutschen Regierungen und Fürsten gegen ihren Willen durch eine solche konstituierende Versammlung zwinge, ihren Stand gegen gewisse Zugeständnisse an die Staatseinheit aufzugeben. So sehr ich es wünsche, daß dieser Widerstand aufgegeben werde, so kann ich es doch nur mit derselben Überzeugungstreue aussprechen, daß ich ein derartiges Besehen jenes Widerstandes für etwas sehr Verwerfliches halte und das Scheitern vielfacher unitarischer Bewegungen in Deutschland dem Umstande zuschreibe, daß man mit diesem direkten Element nicht hat abrechnen wollen. Der Particularismus hat gerade daraus seine Kraft hergeleitet, daß er sich als dynastische Unabhängigkeit an einzelne Dynastien konstituiert hat, und daß Ales, was gegen diesen Particularismus gerichtet war, zugleich als Hindernis dieser Unabhängigkeit dargestellt wurde. Ich habe die Überzeugung, daß wir den Bau der deutschen Einheit nur dann sicher und zweckmäßig aufführen, wenn wir Schritt vor Schritt das deutsche Bürgertum dafür gewinnen, sich diesem Bau anzuschließen und selbst die Sicherung seiner eigenen Stellung und Aufgabe in diesem Bau zu finden. Ist es aber richtig, daß der Weg des Konstituents begangen werden muß, dann, m. H., war die Frage eine doppelte: 1) wie weit geht die Einigkeit der süddeutschen Fürsten, Zugeständnisse zu Gunsten der Staatseinheit zu machen, und 2) wenn diese Einigkeit bis zu einer gewissen Grenze geht, ist diese Grenze nicht überschritten, welche die Grundlage des deutschen Bundesstaates erschüttert? Ich habe nun die volle Überzeugung, daß dasjenige an Zugeständnissen für die Staatseinheit erreicht worden ist, was eben erreicht werden konnte. Diese Verträge wären nur dann zu verwerten, wenn sie den deutschen Bundesstaat erschüttern. Diese Meinung thile ich nicht. Es handelt sich um zwei große Grundlagen, eine gesamte deutsche Volksvertretung und ein deutsches Oberhaupt. Auf das erste mühte gerade die Linke Bedeutung zuzuhören. Das größte Gewicht lege ich auf den zweiten Punkt, daß Deutschland wieder ein Oberhaupt erhält aus einer Dynastie, die gezeigt hat, daß sie ihre Stellung nicht, wie die Habsburger nur im eigenen Interesse ausbeutet, die sich dem Gemeinwesen zu Diensten zu stellen und ihre Macht nur für dasselbe ins Feld zu führen weiß. Die Errichtung einer deutschen Volksvertretung und eines deutschen Oberhauptes ist ein Gewinn, der in uns keinen Zweifel über die Annahme oder Verwerfung der Verträge wälzen läßt. Ich habe die Frage gehört, ob denn auch die Befreiung richtig ist, von der ich ausgehe, ob uns ein Oberhaupt überhaupt wiedergegeben werden soll. Ich glaube nicht indirekt zu sein, wenn ich an den Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes die Frage richte, ob nicht im gegenwärtigen Augenblick Thatsachen vorliegen, die uns in dieser Sache Gewißheit verschaffen können. Hoffentlich wird auf diese Frage ohne alles Bedenken mit einem einfachen und vollumfaßenden Ja geantwortet werden können.

Präsident Delbrück. M. H.! Auf die von dem Herrn Vorredner hierher gerichtete Frage nehme ich keinen Anstand, folgendes zu erwidern. Se. R. H. Prinz Luitpold von Bayern hat vorgesterne dem Könige von Preußen ein Schreiben Sr. M. des Königs von Bayern übergeben, dessen Text folgendermaßen lautet:

Nach dem Beitritt Süddeutschlands zu dem deutschen Verfassungsbündnis werden die Eure Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe Mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamt-Interessen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidenten nach der Verfassung zustehenden Rechte durch die Wiederherstellung eines deutschen Reichs und der deutschen Kaiserwerde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund

der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe Mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlag gewendet, gemeinschaftlich mit Mir bei Eurer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werden. Sobald Mir Eure Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde Ich Meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.

Ich kann thatsächlich hinzufügen, daß die in Versailles anwesenden deutschen Souveräne Sr. M. dem Könige von Preußen und Sr. M. dem König von Bayern ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag ausgesprochen haben. Die Erklärungen der übrigen Souveräne und der drei freien Städte sind zu erwarten.

Nachdem die freudige Bewegung, welche durch diese mit lautem Beifall aufgenommene Mitteilung hervorgerufen ist, sich beruhigt hat, erhält das Wort der Abg. Windhorst (Weppe). Die Eröffnung, welche wir eben gehabt haben, begrüßt mich von Herzen (Bravo!). Noch freudiger würde sie mich berühren, wenn wir sie erst nach Vollendung der Verfassung vernommen hätten, wenn das Gebüde erst gekrönt würde, nachdem die festen Fundamente gelegt sind. Das ist für mich der einzige bittere Trocken-Wermuth in der freudigen Bewegung dieses Augenblicks. Wir stehen indeß noch am Anfang des großen und schwierigen Werks, und so kann sich ein ernster Mann, so schwer es ihm in diesem weithistorischen Moment auch werden mag, der Verpflichtung nicht entziehen, die Bedenken, welche er vor der eben gehörten Erklärung äußern wollte, auch jetzt nicht verschweigen. Ich habe nicht die Absicht, definitiv die Verträge zu verurtheilen; viel lieber sage ich Ja, als Nein, aber ich habe verschieden gewichtige Bedenken, und bitte im Vor- aus um Entschuldigung, wenn sie unbegründet sein sollten; es ist nicht leicht, sich in diesem eigenartigen und verwirrten Terrassenbau zurecht zu finden. Zunächst bedaure ich, daß wir nicht genügend instruiert sind; es fehlt unter den Verträgen die Militärkonvention mit Baden, wir wissen nicht, wie es da mit dem Geldpunkt steht; ich vermiss' ferner die Zustimmung Südhessens, Württembergs und Badens zu dem Vertrage mit Bayern, desgleichen die von Südhessen, Bayern und Baden zu dem württembergischen Vertrage. Das sind kleine Kleinigkeiten, die Formen müssen bei der Gründung des neuen Bundes aufs strengste gewahrt werden; käme etwas in Eile, in Enthusiasmus, oder unter einem Druck zu Stande, es wäre den Gegnern des Werkes ein ewiger Stoff zu Vorwürfen. Das große deutsche Reich muß unerschütterliche Grundlagen haben. Es ist mit ferner nach dem Wortlaut des Begleitschreibens zweifelhaft, ob wir zu den Verträgen, oder ob auch zu den Protokollen, zu den Erklärungen, die in denselben enthalten sind, unsere Zustimmung zu geben haben; ob wir uns im Recht befinden, wenn wir zu den Verträgen mit Südhessen und Baden Amendements stellen. Anders steht es mit dem Vertrage mit Bayern. Bei ihm heißt es: Nimm an oder lehne ab! (Widerspruch.) Hier sind keine Amendements möglich; jede Emendation würde ihn aufheben. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Bundesregierung die nunmehr gewonnenen Resultate in einer einzigen klaren und zusammenhängenden Relation zusammenstelle; sonst möchte der Terrassenbau zum Hochbau werden (große Heiterkeit). Soviel über die Methode der Behandlung; unglaublich wichtiger ist die Frage der Kompetenz. Ich gestehe, die Aussführungen des Herrn Bundeskommisars Pape haben mich nicht überzeugt. Art. 79 des Bundesvertrags sagt allerdings, daß der Eintritt des süd. Staaten in den Nordbund anders zu behandeln sei, wie seinerzeit die Stiftung des norddeutschen Bundes. Ebenso unterrichtigt, wie die Bedenken gegen die Verträge mit den süddeutschen Staaten zu sanktionieren, sind die Verträge mit den süddeutschen Staaten zu sanktionieren, und sofern sie vor den Verträgen mit Südhessen und Baden Amendements stellen. Auch der Art. 78 der Verfassung gibt nicht die Befugniß, die Verfassung so zu ändern, wie hier vorgeschlagen ist. Es gestaltet die Verfassungsänderung nur, soweit es sich nicht um eine Ausdehnung der Kompetenz des Bundes handelt. Diese liegt hier aber ohne allen Zweifel vor. Die beiden Häuser des preuß. Landtages haben den Artikel ebenso wie ich aufgefaßt. Bei der Berathung der Nord. Bundesvers. erklärten Hessen im Partern und der leider zu früh verstorbenen Westfalen im Abgeordnetenhaus als Referenten ganz ausdrücklich, daß im Falle einer Ausdehnung der Bundeskompetenz auf Kosten der Machtbefugnisse des preußischen Landtags jedenfalls die Zustimmung der beiden Häuser eingeholt werden müsse. Wir müssen die preußische Landesvertretung hören, das Abgeordneten-, und auch das Herrenhaus (Widerspruch), ja auch dieses und gerade auf die Ansicht dieser Körperschaft wäre ich recht begierig (Heiterkeit). Angenommen aber, der norddeutsche Reichstag wäre kompetent, sind wir es denn? Wir sind gewiß eine hochanschauliche Versammlung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers. An den Verträgen selbst ist mir zunächst das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht unbestreitbarer Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militärstaats (Sehr gut!) und auf den werdenden Menschen ab der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der gesuchten Hölle (stürmische Heiterkeit), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge, m. H., — um zu ihrem Inhalt überzugehen — werden zur Mediatisierung aller deutschen Staaten, und nicht zuletzt Preußens, führen, und das macht mich höchst bedenklich. Sie werden die Monarchie erschüttern, denn die Basis eines allgemeinen, direkten Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner auf das Besonders die Verfassung des Herrenhauses, des Repräsentanten konserватiver Entwicklung, vielen fehlend ist es ja darum gerade zu thun. Eine Masse preußischer Institutionen werden durch neue Schaffungen verdrängt. Das Paz. und Vereinswesen will man in den Bund hinaufnehmen, da aber sage ich entschieden: quod non. Will man die Befreiung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers. An den Verträgen selbst ist mir zunächst das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht unbestreitbarer Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militärstaats (Sehr gut!) und auf den werdenden Menschen ab der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der gesuchten Hölle (stürmische Heiterkeit), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge, m. H., — um zu ihrem Inhalt überzugehen — werden zur Mediatisierung aller deutschen Staaten, und nicht zuletzt Preußens, führen, und das macht mich höchst bedenklich. Sie werden die Monarchie erschüttern, denn die Basis eines allgemeinen, direkten Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner auf das Besonders die Verfassung des Herrenhauses, des Repräsentanten konservativer Entwicklung, vielen fehlend ist es ja darum gerade zu thun. Eine Masse preußischer Institutionen werden durch neue Schaffungen verdrängt. Das Paz. und Vereinswesen will man in den Bund hinaufnehmen, da aber sage ich entschieden: quod non. Will man die Befreiung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers. An den Verträgen selbst ist mir zunächst das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht unbestreitbarer Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militärstaats (Sehr gut!) und auf den werdenden Menschen ab der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der gesuchten Hölle (stürmische Heiterkeit), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge, m. H., — um zu ihrem Inhalt überzugehen — werden zur Mediatisierung aller deutschen Staaten, und nicht zuletzt Preußens, führen, und das macht mich höchst bedenklich. Sie werden die Monarchie erschüttern, denn die Basis eines allgemeinen, direkten Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner auf das Besonders die Verfassung des Herrenhauses, des Repräsentanten konservativer Entwicklung, vielen fehlend ist es ja darum gerade zu thun. Eine Masse preußischer Institutionen werden durch neue Schaffungen verdrängt. Das Paz. und Vereinswesen will man in den Bund hinaufnehmen, da aber sage ich entschieden: quod non. Will man die Befreiung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers. An den Verträgen selbst ist mir zunächst das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht unbestreitbarer Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militärstaats (Sehr gut!) und auf den werdenden Menschen ab der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der gesuchten Hölle (stürmische Heiterkeit), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge, m. H., — um zu ihrem Inhalt überzugehen — werden zur Mediatisierung aller deutschen Staaten, und nicht zuletzt Preußens, führen, und das macht mich höchst bedenklich. Sie werden die Monarchie erschüttern, denn die Basis eines allgemeinen, direkten Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner auf das Besonders die Verfassung des Herrenhauses, des Repräsentanten konservativer Entwicklung, vielen fehlend ist es ja darum gerade zu thun. Eine Masse preußischer Institutionen werden durch neue Schaffungen verdrängt. Das Paz. und Vereinswesen will man in den Bund hinaufnehmen, da aber sage ich entschieden: quod non. Will man die Befreiung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers. An den Verträgen selbst ist mir zunächst das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht unbestreitbarer Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militärstaats (Sehr gut!) und auf den werdenden Menschen ab der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der gesuchten Hölle (stürmische Heiterkeit), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge, m. H., — um zu ihrem Inhalt überzugehen — werden zur Mediatisierung aller deutschen Staaten, und nicht zuletzt Preußens, führen, und das macht mich höchst bedenklich. Sie werden die Monarchie erschüttern, denn die Basis eines allgemeinen, direkten Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner auf das Besonders die Verfassung des Herrenhauses, des Repräsentanten konservativer Entwicklung, vielen fehlend ist es ja darum gerade zu thun. Eine Masse preußischer Institutionen werden durch neue Schaffungen verdrängt. Das Paz. und Vereinswesen will man in den Bund hinaufnehmen, da aber sage ich entschieden: quod non. Will man die Befreiung (Heiterkeit), aber der Norddeutsche Reichstag sind wir nicht. Wir haben unser Mandat ohne Befugniß verlängert; wir haben absoolut keinen Rechttitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeit gründe kümmern mich nicht. Ich bin der Ansicht, daß eine Verfassung nur auf zwei Wegen, durch die Kammer aller Einzelstaaten, oder durch eine große, gemeinsame Vertreterversammlung des deutschen Volkes zu Stande kommen kann. Wenn Sie mich nun fragen, m. H., weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreite, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine tatsächlich betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewohnt, sich auf neue Thatsachen zu stellen (Große Heiterkeit); im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Platze; wenn es denn einmal über Stock und Block gehen soll, so gebe ich mit durch Dick und Dünn. Nun zur Sache selbst! Ob die neuen Verträge mit den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen; ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kaiserlich österreichischen Regierung eingeholt hat oder doch eingespielt wird (Ogo! und Glächter); ich verlasse mich auf die Vertragstreue des Bundeskanzlers.

Prüfungstermine. Mit Rücksicht darauf, daß das Kreis-Erziehungsbüro bereits Anfang des Monats Januar k. J. beginnt, ist der erste Termin zur Prüfung der Rezipienten zum einjährigen freiwilligen Militärdienst für das folgende Jahr auf Mittwoch den 4. Januar und der zweite Termin auf Donnerstag den 9. März anberaumt worden.

Die Kinderpest ist in Jaroslaw, Kruszwica, Lom und Vorwerke und in Szczerz, Kreis Jaworacaw, ausgebrochen.

A. Kosten. 3. Dezember. [Vertretungen. Einziehung g. Stadtverordnetenstiftung. Reserve-Lazareth.] Mit der Vertretung des nach Epinal (Dep. Voges in Lothringen) berufenen k. Distrikts-Kommissarius Herrn Neugier hier selbst ist der bisherige Kreisstrafanwalt Dr. Silvostki beauftragt und die Vertretung des erkrankten Distrikts-Kommissarius Dr. Sawade in Wielichowo ist dem Bürgermeister Hrn. Klupsch da selbst übertragen worden. — Der hiesige Apotheker Hrn. Gustav Selle ist heute Morgen als Feldapotheke nach Versailles abgereist; Dr. Selle war auch im Jahre 1864 Feldapotheke und wurde nach dem Feldzug gegen Dänemark für seine Thätigkeit dekoriert. — In der Stadtverordnetenstiftung im vorigen Monate ist die hiesige höhere Knabenlehranstalt wieder einmal der Gegenstand vieler Verhandlungen zwischen unsrener städtischen Behörden gewesen. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag des Magistrats, die Anstalt durch Aufstellung der Tertia, zu welcher die k. Regierung eine Subvention von 300 Thlr. ver sprach, zu erweitern und so der Anstalt die eigentliche Lebensfähigkeit erst zu verleihen, zur Zeit zurückgewiesen und hier durch die Anstalt den größten Theil der Schüler und in Folge dessen auch 2 ihrer Lehrer (außer dem Dr. Gansawka geht auch Dr. Rector Görs zum 1. Januar an die katholische Schule nach Rogatin an Stelle des Rectors Schmidt, welcher als Lieutenant bei Wörth den Heldenstand starb), verlor, legte der Magistrat den Stadtverordneten einen motivierten Antrag zur Auflösung der Anstalt vor. Letztere beharrten jedoch dabei, die Anstalt nicht aufzulösen, sondern durch Anstellung zweier anderer Lehrer (des Dirigenten mit höherem Gehalte, wenn er der polnischen Sprache mächtig ist) möglichst zu fördern. Nachdem eine Einigung mit dem Magistrat nicht zu Stande gekommen war, wurde eine für solche Fälle in der Stadtverordneten-Vorschrift eine gemischte Kommission gewählt, welcher diese Angelegenheit zur Beratung übergeben worden ist. — Weiter stand auf der Tagesordnung die Pensionierung des Stadtkämmerers Hrn. Pajkowics, welcher schon seit 2½ Jahren wegen Kranklichkeit durch den Ober-Meliorations-Kassenrat Hrn. Hoffmann vertreten wird. Dr. Pajkowics will sich immer noch nicht pensionieren lassen, obwohl ihm schon eine höhere Pension (von 200 Thlr. jährlich) als er zu beantragen hat, bewilligt worden ist. Der Magistrat beabsichtigt ferner in Zukunft die Stelle des Kämmerers nur durch einen Kandidaten verwalten zu lassen, derselbe soll nicht mehr Magistratsmitglied sein und auch mit einem geringeren fixen Gehalte angestellt werden, als das bisherige betragen hat. — Das Männerhaus in der hiesigen Korrektionsanstalt, ein mehrstöckiges geräumiges Gebäude, ist bereits trefflich zum Reservelazareth eingerichtet worden und werden täglich die Verwundeten erwartet.

+ Gnesen, 3. Dez. [Dienstjubiläum. Prozeßentscheidung. Jüdische Lehrergeräte. Berichtigung.] Heute feierte der hiesige Stadtkämmerer Hrn. Moritz Russak sein 25-jähriges Dienstjubiläum als Magistratsmitglied. Dieser Umstand, in Verbindung damit, daß Hrn. Russak vor seinem Eintritte ins Magistratskollegium auch 12 Jahre hindurch als Stadtverordneter fungirte und länger als 30 Jahre perpetuelles Mitglied des hiesigen jüdischen Schulvorstandes gewesen ist, gab den städtischen Behörden Veranlassung, dem Jubilar Seitens der Stadt einen prachtvollen silbernen Posal durch die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in seiner Behausung überreichen zu lassen. Auf die durch den Bürgermeister Maczatus gehaltene Rede, in welcher derselbe den vielen Verdiensten des 75-jährigen Kreises gedachte, dankte derselbe in bewegten Worten. — Ein interessanter Prozeß ist kürzlich vor dem hiesigen Kreisgerichte durch den Einzelrichter zu Ungunsten der Stadt entschieden worden. Wie in vielen anderen Orten waren auch hier bei Gelegenheit der Fier des Tages von Sedan durch Kinder in einigen Häusern nicht illuminierte Fenster eingeworfen worden. Einer der beschädigten Eigentümner hat in Folge dessen Klage auf Schadensersatz gegen die Stadtkommune auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 erhoben. Der Einwand der lehren, daß an dem gedachten Tage eine Zusammenrottung von Menschen, wie solches das Gesetz voraussetzt, nicht stattgefunden und daß Kinder keineswegs in diese Kategorie zu zählen seien, fand keine Berücksichtigung, vielmehr führte der Richter seine Entscheidung dahin aus, daß es gleichgültig sei, ob ein solcher Schaden von alten oder jungen, von großen oder kleinen Menschen — also Kindern — verübt worden. Gegen diese Entscheidung ist Rekurs eingezogen und das Publikum ist auf die weitere Entscheidung gespannt. — Auf eine von der hiesigen Synagogengemeinde durch ihren Vorstand an den k. Oberpräsidenten gerichtete Beschwerde, in welcher die stattgeseundene Erhöhung der Lehrer-Gehälter bei der hiesigen jüdischen Schule, welche von der k. Regierung angeordnet worden, nicht für gerechtfertigt angesehen und ihre Wiederaufhebung

nachgeläufig wurde, ist der Begehr hier eingegangen, daß, da die vom Jahre 1870 ab normirten Gehälter der jüdischen Lehrer im Allgemeinen den Gehältern der Lehrer an der hiesigen evan. und luth. Schule entsprechen und mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse und die in Betracht kommenden Preise der Lebensbedürfnisse um so weniger hoch gegriffen, als die hiesige jüdische Gemeinde zur Aufbringung der Mehrkosten sehr wohl und ohne den geringsten Druck im Stande ist, es bei der Feststellung der k. Regierung sein Bewenden behalten müsse, welche dieselbe aus dem Grunde selbstständig angeordnet habe, weil die Mitglieder des jüdischen Schulvorstandes sich an der Beratung über diesen Gegenstand in dem dazu anberaumten Termine ungeachtet der Einladung hierzu nicht beteiligt haben. Da hier zwei Gymnasial-Oberlehrer Müller vorhanden sind, so muß die Mithilfe von der Stadtverordneten-Wahl in Ihrer Zeitung Nr. 400 dahin berichtet werden, daß nicht der erste Oberlehrer, sondern der zweite Dr. Emil Müller als Vorausmann aufgestellt war. Die Namen sind zwar gleichlautend, doch ist der erste Deutscher, der andere Pole.

... zwang jedoch den unvermeidlichen jungen Mann, einen schleunigen Rückzug anstreben.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wagner in Posen.

Der Damen-Kalender, offiziell „Preußischer Schreibkalender für Damen 1871“ genannt, ist trotz aller Kriegsfürme und trotz des hereinbrechenden Winters als munterer Frühlingsknabe (in dem Verlag der Königlichen Geheimen Oberhofbuchdruckerei (R. v. Deder) in Berlin, eleg. geb. Preis 25 Sgr.) wieder erschienen. Obgleich als Weihnachtsgabe vornehmlich bestimmt, enthalten seine grün umrankten Seiten doch immer mehr an das aufstrebende Jahr, und wer begrüßt nicht diesmal mit besonderer Hoffnung das neue Jahr 1871, nachdem das alte und so viel Bild gebracht, die Zeit, aus dem das neue Deutschland emporzusteigen soll. Wie viele Bräuche müssen auf die Blätter des Vorgängers dieses Kalenders gefallen sein! — Möge es mit diesem anders werden! Stehen doch vier liebliche Knoppen des jungen Deutschland den Blättern des neuen Jahrgangs voran, wir meinen die reizende Kindergruppe auf dem Titelbild in Photographie: die Kinder Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Karl, des Heldenmarshalls, der an dem Aufbau des neuen deutschen Reichs so hohen Anteil genommen. Möge diese liebliche Gruppe den Tagen des Jahres 1871 eine glückliche Bedeutung sein und mögen die glücklichen Empfängerinnen des niedlichen Salon-Kalenders jedes neuen Tag des neuen Jahres durch neue angenehme Erlebnisse zu verzehnen haben. Mit diesem Wunsche flaire der goldverbräunte Kleine in die schönen Hände der Schönen.

Bermischtes.

Breslau, 4. Dezember. [Die französischen Gefangenen bei Eintritt des Winters. Erfahrmannschaften. Verpflegungstransporte. Eröffnung der Bahnhöfe Liegnitz - Glogau.] Der Winter ist bei und sehr plötzlich und mit großer Strenge hereingebrochen, wir hatten gestern und heute 10 bis 11 Grad Kälte und allgemein wirkt man die Frage auf, ob wohl auch in Frankreich die gleichen Temperaturgrade herrschen mögen und ob unsere braven Truppen wohl genügend gegen die rame Witterung geschützt seien. — Die hier internirten französischen Offiziere wisseln sich tief in ihre Paläto's, wenn sie mit eiligem Schritt über die Straße huschen und wessen Mittel es nur irgend wie erlauben, hat sich mit einem tüchtigen Pelze versehen. — Die Offiziere, welche bei einer nächtlichen Tanzlustbarkeit abgefasst worden sind, hat der Kommandant, wegen Brechung ihrer ehrenwürdigen Verpflichtung um 9 Uhr Abends in den Quartieren zu sein, nach Coel verweisen. — Letzterer Ort ist für die Herren Franzosen übrigens eine Art Ruprecht, vor dem sie alle heilige Scheu haben. — Auch die gefangenen Soldaten in der Provinz wollen nicht mehr recht Ordre pariren, so ist man in Reiffe einem förmlichen Komplot auf die Spur gekommen, nach welchem die dort internirten 13,000 Mann einen gemeinschaftlichen Ausbruch nach Österreich versuchen wollten. — Die dort befindliche aus 2 Bataillonen bestehende schwache Garnison wird daher morgen durch das hier stehende Erzab-Bataillon des 51. Regiments verstärkt werden. — Gestern ist hier der älteste und letzte Zährgang der Landwehr, aus Breslau allein 800 Mann, per Extrazug nach Reh und Rendsburg befördert worden. Da die Leute fast sämmtlich verheirathet sind, so war der Abschied von den Freiern ein ziemlich berügt. — Die aus 580 Mann bestehenden Erzabtruppen für das 3. Garde-Regiment, welche am 24. v. Mts. von hier abgingen, haben sich, wie wir aus den Feldpostbriefen einzelner Freiwilliger entnehmen in Meß festgefahrt, d. h. die Bapnen nach Paris sind mit Tourage und Menage-Zügen für unsere Truppen bei Paris, so besteht, daß die Weiterbefahrung der gedachten Erzabtruppen bisher nicht zu ermöglichen gewesen ist. Die Truppen sind sämmtlich in einer großen Tabakfabrik untergebracht und klagen besonders über Kälte, da sie für die Nacht zwar Matratzen aber keine Decken erhalten haben. — Sie trösten sich aber mit ihren Brüdern vor Paris, die es ebenfalls jedesfalls noch schlimmer haben. — Die hiesige Bahnverwaltung ist aufgefordert worden ihr Betriebsmaterial so zur Hand zu halten, daß in den nächsten Tagen 30 Tausend Stück Schafe aus Galizien nach Breslau befördert werden können, auch sind in der letzten Woche sehr bedeutende Aufläufe an Mehl und Getreide hier und in der Provinz gemacht worden, was ebenfalls zu den Bernürungstruppen vor Paris gehen soll. Man sieht also im Hauptquartier auf eine baldige Einnahme der belagerten Riesenfest mit Bestimmtheit zu rechnen. Die Eröffnung der Bahnstrecke von Liegnitz nach Glogau, welche auch für Ihre Provinz von besonderer Bedeutung ist, wird am 20. Dezember erfolgen und soll die haupoltzliche Abnahme der Bahn am 10. d. M. stattfinden. — Die Bauten sind, bis auf die noch nicht vollständig fertig gestellten Bahnhofs-Hochbauten in Raudten, durchweg beendet.

* Eine Leichenpredigt als Reklame. Folgende Geschichte erzählt eine Zeitung in Des Moines: Ähnlich das Todes eines jungen Mannes wurde kürzlich in dem Hause der Eltern der Verstorbenen eine Leichenfeier abgehalten. Nachdem der Geistliche vor dem Sarge eine Rede gehalten hatte, die alle anwesenden Damen zu Thränen rührte, fragte er, ob jemand von den Freunden des Verstorbenen bei dieser feierlichen Gelegenheit einige Worte sprechen wollte. Da trat ein Fremdling vor, sprach ein tiefes Mitgefühl mit der trauernden Familie aus und ergab sich in Betrachtungen über die unerträglichen Wege der Vorsehung. Zum Schlus bemerkte er, er wünsche bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß er eine sehr schade Haarsalbe besitzt, welche der Verstorbene lange gebraucht habe und die er hiermit den verehrten Anwesenden empfiehlt. Die Präsentation der Anwes-

Magenstärkend und auf alle Organe heilsam wirkend.

Herrn Hofflieferanten Johann Hoff in Berlin.

Villers au Bois, 15. Septbr. 1870. E. W. bitte ich um eine Sendung Ihres heilsamen Malzextrakts, ich will dasselbe während des Kältezuges als magenstärkendes Mittel gebrauchen. Oberstleutnant und Kommandeur des 6. Pomm. Inf.-Regiments Nr. 49. Laurin. — Das Malzextrakt-Gefülltheit neben der Malz-Chokolade haben fortwährend günstig auf den Patienten gewirkt, das Erbrechen hat aufgehört und die Verdauung hat sich sehr gehoben. J. Rumpelt in Falkenberg — Ich habe meine ganze Hoffnung auf Ihre berühmten Malzfärbrikate gesetzt. S. Freise, Lehrer in Ilseburg.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; in Neutomysl Hr. A. Hoffbauer; in Jaracejewo Hr. Salomon Zucker; in Deutschen Hr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Kurnit Hr. F. W. Krause; in Schrimm die Hrn. Cassiel & Comp.; in Dobroslaw Hr. Isaak Harger; in Kurnit Hr. J. F. E. Krause; in Rogow Hr. J. Joseph; in Santomyśl Hr. Süßmann Lewel; in Bul Hr. J. Ninkiewicz; in Gollancz Hr. Herm. Berg; in Czerniewo Hr. Marcus Witkowski.

Bekanntmachung.

Von den Wählern der ersten Abtheilung ist bei der heute vorgenommenen engeren Wahl der

Herr Rechtsanwalt Bertheim durch Mehrheit der Stimmen zum Stadtverordneten gewählt worden.

Posen, den 5. Dezember 1870.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung nachstehender Konsumtibilien pro 1871 für die hiesigen Garnison-Aufzälen resp. Militär-Bedürden und zwar:

64 Kist. Eisenholz,
200 " liefern Holzholz,
195 Centner Rüböl,
125 Petroleum,
1 Stearinlichte pro Pfds. 10 Stück,
40 Talglichte,
150 krystallisierte Soda,
15 grüne Seife,
5 weiße harte Seife,
sowie den Bedarf an Schreibmaterialien soll im Bege der Submission

Freitag den 9. Dez. c.,

Vormittags 10 Uhr,

öffentlicht verkünden werden.
Offerten, auf der Adresse mit dem Gegenstande, auf welchen die Lieferung gerichtet ist, gehörig bezeichnet, sind versiegelt im Geschäftsalot der Verwaltung, Wallstraße Nr. 1, wobei auch die Bedingungen auslegen, rechtzeitig abzugeben, da später eingehende u. Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Die Annahme der Offerten wird von der genommenen Einsicht und Unterzeichnung der Bedingungen abhängig gemacht.

Posen, den 2. Dezember 1870.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Auktion.

Mittwoch, den 7. d. Mts. Vorm. von 9 Uhr ab, werde ich auf Tepichplatz Nr. 1 die Versteigerung von verschiedenen Wollwaren u. gegen gleich baare Bezahlung vorziegen.

Drange,

Auktions-Kommissarius.

Bekanntmachung.

Die zur Kaufmann Aron Fürstlichen Konkursmasse gehörigen Waaren, bestehend in wollenen, baumwollenen, halb- und ganzleinenen Schnittwaaren, sollen im Ganzen

am 19. Dezember c.,

Nachmittags 4 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 18 meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.

Die Waaren nötht der Inventur iden werktäglich Vormittags von 10 bis 12 Uhr im bisherigen Geschäftsalot, Markt Nr. 98 eingesehen werden.

Posen, 3. Dezember 1870.

Königliches Kreisgericht
Abtheilung für Civil-Sachen.
Der Kommissar des Konkurses.

Gaebler.

Bekanntmachung.

Am 15. December d. J., von Mor. 10 Uhr ab, sollen in dem Vorhause der hiesigen Strafanstalt verschiedene Gegenstände als:

1 Karioffelschälmashine,
1 kupferner Speiseimer,

20 eiserne Bangen,
1 eiserner Schraubstock,

4 Schusterhammer,
15 Cir. 50 Pfds. grau leinene Lumpen,

6 - 70 - weißleinene ditto

9 - 15 - Luchlumpen,

33 - 50 - altes Eisen,

23 - 90 - alter Stahl,

1 - 90 - Blechabsätze,

48 Stück Talgfässer und Cementonnen u. c.

46 - Petroleumfässer und

26 - Heringstonnen

17 Centner Knochen

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung öffentlich verkauft werden.

Krawicz, den 21. Nov. 1870.

Königliche Direktion der Strafanstalt.

Photographisches Atelier.

H. Zeidler, Wilhelmspl. 6.

Karten das Dutzend 2 bis 3 Thlr.

Gold- u. Silberauktion.

Freitag, den 9. Dez. c.,

Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1, silberne Löffel, Messer, Gabeln, Vorlegelöffel, ferne lange und kurze Uhrketten, Medaillons, Ringe, Brochen, Busen-

Nadeln u. c. meistbietend versteigern.

Bychlewski,
Königl. Auktions-Kommissarius

Freitag, 16. Dezember, c.,

Vormittags von 9 Uhr ab, werden im Vorwerk Poliske, zum Dominium Broniszewice gehörig,

25 ein- u. zweijährige Füllen und 32 bearbeitete Hölzer versteigert.

Pleschen, 2. Dezember.

Rechtsanwalt Meyer,

Verwalter

der Agnes v. Baranowska'schen

Konkurs-Masse.

Königsberg, im November 1870.

Prospect.

Königsberger Immobilien-Gesellschaft auf Aktien.

Jeder, der die Königsberger Verhältnisse nur oberflächlich kennt, weiß, in welch' geringem Maße dem Comfort und praktischen Bedürfnis in Bezug auf Läden und Wohnungen gerade in dem lebhaftesten Theile der Stadt, zwischen der Prinzenstraße und dem Münzplatz einerseits, der Junkerstraße und dem Königl. Schloß andererseits Rechnung getragen ist.

Dem Zusammentreffen mannigfacher günstiger Umstände, namentlich der lebhaftesten Unterstützung des Königlichen Hofmarschall-Amtes und der übrigen kompetenten Behörden, ist es zu danken, daß das Projekt, für dessen Verwirklichung das unterzeichnete Gründungs-Comitè der "Königsberger Immobilien-Gesellschaft auf Aktien" sich vereinigt hat, in's Auge gefaßt werden konnte.

Das Projekt bezweckt, die zwischen den vorgenannten Straßen belegenen Häuser und Gärten anzukaufen und auf diesem Terrain eine Reihe von neuen, dem modernen Geschmack entsprechenden Gebäuden aufzuführen, deren Erdgeschöß lediglich zu Läden bestimmt ist, während die oberen Etagen für Comptoir und Wohnungen eingerichtet werden sollen.

Es ist ferner die Herstellung von großen prächtigen Sälen zu Aufführungen, Ballen, Restaurationszwecken &c. in Aussicht genommen, für welche sich in Königsberg ein entschiedenes Bedürfnis geltend gemacht hat. Ein bei den anzulegenden Gebäuden mitten inne liegender Garten wird diesen Zwecken ganz besonders zu Statten kommen.

Kaum gibt es irgend ein anderes Bauprojekt, das so sehr wie dieses alle Bedingungen des Gediehens in sich vereint und deshalb allseitig in so hohem Grade günstig aufgenommen wurde, wie dies hier der Fall ist. Im verkehrreichsten Theile der Stadt, im Mittelpunkt einer Linie, auf der Handel und Industrie sich konzentrieren, muß die Lebhaftigkeit des Verkehrs, schon jetzt bedeutend, sich verdoppeln. Für Läden, wie für Comptoir, Wohnungen, Werkstätten schon jetzt der gesuchteste Punkt der Stadt, muß nach dem entworfenen Plane der Hauptverkehr Königsbergs sich um diese Grundstücke bewegen. — Angesichts der hier berührteten Momente bedarf es nicht erst eines Hinweises auf den jetzt vorhandenen Wohnungsmangel, um dem neuen Unternehmen ein schnelles und erfolgreiches Gedeihen in Aussicht zu stellen.

Die Gesellschaft soll, basirt auf ein Grundkapital von 600,000 Thlrn., so schnell als möglich ins Leben treten, um mit den Bauten in umfangreichster Weise ohne Verzug beginnen zu können.

Nach den angelegten detaillirten Voranschlägen, bei welchen alle zu berücksichtigenden Umstände gewürdigt, und nur die mäßigsten Miethspiele zu Grunde gelegt worden sind, läßt sich schon jetzt für das in dem Unternehmen anzulegende Kapital eine Rentabilität von

mindestens 11 Prozent,

die sich bei vollendet Durchführung der Projekte von Jahr zu Jahr noch erheblich steigern muß, in sichere Aussicht stellen.

Schon während der Bauzeit findet statutengemäß eine Vergütung des Grundkapitals aus den Erträgen der angekauften Grundstücke zu mindestens 6 Prozent statt.

Das Gründungs-Comitè glaubt somit das Projekt als ein solides, berechtigtes und aussichtsvolles der Belebung des Publikums empfehlen zu dürfen, und zur Zeichnung unter den nachstehenden Bedingungen ein, und wird mit der Konstituierung der Gesellschaft unmittelbar vorgehen, sobald die in dem Gesellschafts-Vertrage vorgesehene Summe gedeckt ist.

Exemplare dieses Prospekts und der Statuten werden von den verschiedenen Zeichnungsstellen verabreicht.

Das Gründungs-Comitè der Königsberger Immobilien-Gesellschaft auf Aktien.

Moritz Simon,

Geh. Commerzienrath
(in Firma:
S. Simon's Wwe. u. Söhne.)

Carl Jacob,
(in Firma: C. N. Jacob)

Gustav Müller,
Confid.
(in Firma: G. Müller & Co.)

Emil Stephan,

Commerzienrath u. Oberförster der
Kaufmannschaft
(in Firma: Stephan u. Schmidt).

Joh. Philipp Schifferdecker,
Direktor der Aktien Brauerei
"Ponarib".

Ferd. Jaques,

(in Firma: Jos. Jaques.)

Adolf Samter,

(in Firma: S. A. Samter).

Adolf Abel,

(in Firma: S. Abel jun.)

R. Dohme,

G. b. Hofrat u. Hofstaats-Sekretär.

Bedingungen zur Zeichnung von 600,000 Thaler Aktien

der Königsberger Immobilien-Gesellschaft auf Aktien.

1. Die Aktien werden zum Nominalwerthe von 100 Thlr. das Stück ausgegeben.
2. Die Zeichnungen auf diese 6000 Stück Aktien à 100 Thaler werden angenommen in den Tagen vom 6. bis 8. December d. J. incl.

in Königsberg i. Pr. bei Herrn J. Simons Wwe. & Söhne,
in Königsberg i. Pr. bei Herrn Stephan & Schmidt,

in Königsberg i. Pr. bei Herrn S. A. Samter,

in Königsberg i. Pr. bei Herrn E. N. Jacob,

in Berlin bei Herrn S. Abel jun., Unter den Linden 2.

in Berlin bei Herrn Jos. Jaques, Mauerstraße 36,

in Posen bei Herrn Hirschfeld & Wolff.

3. Die Zeichner unterwerfen sich allen Bedingungen des ihnen bekannten Statuts vom 29. November 1870.
4. Im Fall der Überzeichnung tritt eine Reduktion der Zeichnungen ein und wird das Resultat derselben spätestens drei Tage nach Schluss der Subskription bekannt gemacht werden.
5. Bei der Subskription sind 10% des Zeichnungsbetrages baar oder in courshabenden Wertpapieren als Caution zu deponieren.
6. Die Zeichner sind verpflichtet, die Interimscheine vom 20. bis 24. December 1870 gegen Einzahlung der ersten Rate von 25% an der Zeichnungsstelle abzuheben, wogegen die geleistete Caution zurückgegeben resp. verrechnet wird.
7. Vollzahlungen sind gestattet und werden vom Tage der Zahlung ab mit 6% per annum verzinst.
8. Jeder Zeichner erhält über seine Zeichnung und die geleistete Caution eine Bescheinigung, die bei Abnahme der Stücke zurückgegeben werden muß.

Am 20. Dezember, 11 Uhr, sollen im Bureau des Rechts-Anwalts Janecki zu Posen, Große Ritterstraße 16, im Wege der Citation 1844 Stämme Holz und zwar 1715 Stämme Kiefern, 123 Stämme Eichen und 6 Stämme Birkenholz, welche sich in den Revieren Kamionki und Daszewice des Ritterguts Szczynki, Kr. Schrimm, befinden, verkauft werden. Nähere Information wird ertheilt in dem Bureau des Rechts-Anwalt Janecki und durch den Oberförster Draminski zu Babki, Kreis Posen. Wegen örtlicher Besichtigung wolle man sich an den Förster Matysiaik zu Daszewice wenden.

Haus- und Geschäftsverkauf.

Ein großbaiges massives Wohnhaus neben einem seit 20 Jahren bestehenden sehr repräsentablen Kurz-, Posamenten-, Weiß- und Galanteriemärkergeschäft in Wollstein, Provinz Posen, in besetzte Lage der Stadt befindlich, ist wegen anderweitiger Unternehmungen des Besitzers recht vortheilhaft sofort zu verkaufen. Nur Silberstahl wird berücksichtigt.

Nächstes sub A. R. 100 poste restante Wollstein, Pro. Posen.

Auf dem Dominium Obrzysko b. Kosten steht ein 4jähriger Bulle importirter Holländer zum Verkauf.

In Gwiazdowo bei Koszalin stehen nunmehr holländische Kühe und holländische Färse, welche leichter eben abgezählt haben nach Wahl der Käufer, mit oder ohne Kälber, zum Verkauf.



1000 Stück schwere Hammel, kernfett, verkauft. Wierzonka bei Schwerenz (Posen).

Praktische Weihnachts-Geschenke.

Sedan-Baschklik, Baschklik Hortensia, Schürzen, Jupons, Schleifen, gr. Kragen, Hanben, sd. Tücher, Atlas- und Phantastiekragen,

Gapotten, woll. Röcke, Herren- und Damen-

Boots empfiehlt billigst

M. Zadek jr.,
Neustraße 4.

Zu Weihnachts-Einkäufen habe im Preise bedeutend heruntergesetzt:

Facon- u. runde Hüte, Gapotten, Baschliks, Garnituren, Kragen und Blousen etc.

W. Gudat,
Wilhelmsstr. 13.

Ein guter Rückspiegel mit Tischzug ist zu verkaufen Mährerstr. 7.

Anerkannt bestes Fabrikat. Stearin-Lichte in richtigen Zollpfund-Packeten öffnen zu billigsten Preisen

Gebrüder Weitz,
Schloßstraße 4.

Einen großen Schlempe-Bottig, als auch größere Fässer, zur Schlempe oder Tauche-Ausfuhr und zur Kartoffeldämpfung geeignet, offerirt

Hartwig Kantorowicz,
Bronkerstraße 6.

!! Wirkung !! ! eminent !

Lungenleiden jeder Art, insbesondere chronische Katarrhe der Luftwege und Lungen, beginnende Lungentuberkulose heilt mit überraschendem Erfolge.

Als echter Karolinenthaler Davids-Thee

des Josefs Fürst, Apotheker zum weißen Engel in Prag am Poric. Tausende verdanken diesem Tee ihre Gesundheit!! Vor Salbstäuben wird gewarnt. — 1 Packen kostet 4 Gr.

In Posen bei **R. Gzarnikow,**
Schuhmacherstraße 6.

Größte Auswahl Paraffin-, Stearin- u. Wachs-Baumlichte empfehlen
Gebrüder Weitz,
Schloßstraße 4.

Astrach. Caviar, Elbing, Neunaugen, Geräuch. Lachs, Sardines à l'huile, Russische Sardinen, Braunschw. Cervelat, Sardellen- und Trüffel-leberwurst, Ger. Delicatess-Heringe, Schweizer Holländ. Parmesan-Neufchateller Eidamer empfiehlt Käse

H. Hummel,
Breslauerstr. 9.
Hamburger Speckbüddlinge, Kieler Sprötten frisch zu haben bei Zoepfli, Bronkerstraße 24.

Astr. Perl-Caviar,
frisch gr. Lachs, frische Kieler Büddlinge empfingen und empfehlen in schöner Qualität
Gebr. Andersch.

Deil. Fleischwaren, frische Sendung auch Jägersch. ang. langt. **Sam Neufeld.** Russische Sardinen mit Pickels, in Originalfächchen und ausgewogen, bei Zoepfli, Bronkerstraße 24.

Allen Schützen und Schießliebhabern.
empfehlen wir das vom Januar ab erscheinende Organ für Schützenwesen und Jägerei.

Zeitschrift für Belohnung und Unterhaltung, wegen seines reichhaltigen Inhalts aufs anlegendlichste. Dasselbe erscheint in Monatsheften und enthält neben den Mitteilungen aus allen Schützenvereinen und Schützen-Gesellschaften Deutschlands &c. geistliche Abhandlungen über Schützenfesten, Jagd-Abenteuer, lehrende Aufsätze über Schießkunst und Jagd, spannende Erzählungen, kritische Aufsätze, Humoristisches, Anecdote, und Lieder &c. — Die Zeitschrift durfte wesentlich zur Hebung des Schützenwesens beitragen und wird kein Schütze ein Heft derselben unbedingt aus der Hand legen. — Man abonnirt auf ein Halbjahr oder 6 Hefte mit 25 Gr. beim Herausgeber A. Rettemeyer in Berlin (Breitestr. 2), welcher dasselbe direkt an die Besteller per Post expediert; doch nehmen auch alle Buchhandlungen Bestellungen an. **Mittheilungen von Schützen-Vereinen sowie geeignete Beiträge werden erbeten!**

Auch in meinen beiden andern Geschäften
find die Ausstellungen am heutigen Tage eröffnet.
Wilhelmstraße 18
(Mylius' Hotel)

Einem hochgeehrten Publikum Posens und Umgegend empfehle ich meinen am hiesigen Orte errichteten **Wilhelmsplatz 10, vis-à-vis dem Theater-Eingange**
welcher zum bevorstehenden Weihnachtsfeste bis in die kleinsten Details vollständig assortirt, und versichere bei reellster Bedienung die solidesten Preise.

Um recht zahlreichen gütigen Besuch bittend, zeichne mit Hochachtung ergebenst

Anton Wunsch.

Auswärtige Bestellungen werden prompt ausgeführt. Wiederverkäufern angemessener Rabatt.

Großer Salon- und Stuben-Ofen empfehle ich in großer Auswahl; besonders erlaube ich mir auf Fußregulir-Ofen aufmerksam zu machen. Die wesentlichen Eigenschaften dieser Ofen sind folgende:

Mit 10 bis 15 Pfund Kohle oder Koaks kann man durch 10 bis 12 Stunden ein großes Wohnzimmer beheizen, dieselben bedürfen keinerlei Beaufsichtigung, einmal angezündet, brennen sie 10 bis 12 Stunden ununterbrochen, wodurch ein großes Ersparnis an Brennmaterial erzielt wird.

Die Ofen sind mit Chamot ausgefüllt, daher dieselben nie rothlühend werden, somit auch nicht den unangenehmen Geruch anderer Ofen haben, ebenso ist jede Feuergefahr beseitigt, da ein Herausfallen der Kohlenstücke unmöglich ist.

Der Ofen gibt seine Hitze allmälig, wie ein Thonofen ab und hat dabei den Vortheil eines eisernen, nämlich schnell das Zimmer zu erwärmen, ohne dessen Nachtheile, bei fortgesetzter Heizung übermäßige und ungesunde Hitze zu erzeugen.

Das mehrmalige viel Holz und Zeit kostende Nachlegen, sowie das Lüften des Raumes ist gänzlich beseitigt und die Heizung auf ein Minimum herabgesetzt.

S. J. Auerbach,
Posen.

Das seit 47 Jahr bestehende

Galanterie- u. Spielwaaren-Lager

von

B. P. Wunsch,

Wilhelmsstraße 24, vis-à-vis der Post,

bietet in dieser Weihnachts-Saison wie auch früher die größte Auswahl aller nur existirenden Spielsachen bei festen und in Wahrheit billigsten Preisen, wovon ein großer Theil meiner werthen Kunden die Überzeugung gewonnen; es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Düsseldorfer Punschsyrope

als:

Aracpunschsyrop,
Rumpunschsyrop,
Vanillenpunschsyrop,
Burgunderpunschsyrop,
Capweinpunschsyrop,
Madeirapunschsyrop,
Portweinpunschsyrop,
Sherrypunschsyrop,
Rheinweinpunschsyrop,

en gros et en détail

empfiehlt

Hartwig Kantorowicz,

Wronkerstraße 6.

St. Martin 61, im Hinterhause, sind noch drei Wohnungen von Neujahr 1871 ab, à 3 Zimmer, Küche und Zubehör zu vermieten. Näheres dafelbst.

Ein Mädchen in gesetzten Jahren, die schon mehrere Jahre die Wirtschaft selbständig geführt, und der die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht zu Neujahr eine andere Stellung. Nächste Auskunft erhält B. Hornich, Gar-tnstraße Nr. 1/2.

Markt 71, eine Treppe, ist ein möblirtes Zimmer zu vermieten.

Auch in meinen beiden andern Geschäften
find die Ausstellungen am heutigen Tage eröffnet.
Auch diese sind reichhaltig assortirt.
Breitestraße 18
wie

Wilhelmsstraße
(Mylius' Hotel)

Zum wohlthätigen Zwecke.

Mittwoch
den 7. Dezember 1870,
Abends 7 1/2 Uhr,
im großen Saale der städtischen Realschule,

Concert

des hiesigen Gesangvereins für geistliche Musik unter Leitung seines Dirigenten C. Schoen.

P r o g r a m m :

- 1) Erster Chor u. Quintett a. d. 42. Psalm Mendelssohn.
- 2) Zwei Chöre nebst Arié für Alt aus Messias, Thell II. Händel.
- 3) Hymne für Chor und Sopran-Solo Mendelssohn.
- 4) Choral und Chor aus Paulus Thell I. Mendelssohn. Villais à 10 Sgr. sind in der Hof-Musikalien-Handlung von Ed. Bote & C. Bock zu haben.

Kassenpreis 15 Sgr.

N.B. Den geehrten Mitgliedern des Gesangvereins zur Nachricht, daß die Generalprobe Dienstag den 6. Dezember, Abends 7 Uhr, im Realschul-Saale stattfindet.

Die Verlobung meiner Enkelin Helene Hartmann mit dem Maurermeister Herrn Julius Wegner, erlaube ich mir statt besonderer Meldung Verwandten und Bekannten ergebenst anzuhören.

Posen, den 6. Dezember 1870.

Wittwe Servais.

Die Verlobung unserer Tochter Ida mit dem Kaufmann Paul Heimann aus Breslau beecken wir uns, hatt besonderer Melbung, ergebenst anzuziehen.

Stettin, den 4. Dezember 1870.

Marcus Brod

und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Ida Brod,

Paul Heimann,

Stettin. Breslau.

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag, 6. Dezember. Bahnhofsmärzen. Schwank in 1 Akt von Emil Pohl. Musik von Conradi. Der Wasserschmied von Worms. Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.

Mittwoch, 7. Dezember bleibt die Bühne geschlossen wegen Vorbereitung zu Emilia Galotti, Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.

In Vorbereitung: Der Hausschlüssel, oder: Ratz gestellt. Lustspiel in 1 Akt. Des Adlers Horst. Große Oper. Das Theater ist gut geheizt.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Heute Dienstag, den 6. Debr. Vorstellung: Wie zwei Tropfen Wasser. Lustspiel in 1 Akt. Nach dem Französischen von Julius. Ein gebildeter Hausknecht, oder: Verschollene Prüfungen. Posse in 1 Gefang in 1 Akt von Dr. Kalisch. — Ballet.

Die Direktion.

Holsteiner Austern täglich frisch empfohlen

Julius Buckow,
Wein-Großhandlung,
Wilhelmsplatz 15.

Jugendschriften,
neueste, neuere, ältere
in seltener Auswahl
zu sehr mäßigen Preisen
bei Louis Türk, Wilhelmsplatz 4.

In unserem Verlage sind soeben erschienen:

Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1871, z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńczo 10 sgr.

Comptoir-Kalender

auf das Jahr 1871.

Preis 2 1/2 Sgr.

Posen, 1870.

W. Decker & Co.

(E. Röstel).

Soeben erschien in der Blaue'schen Buchhandlung Henry Savage
in Posen vorzüglich bei **Ernst Rehfeld**, Wilhelmspl. 1 (Hôtel de Rome)

Ein deutscher Heldenknabe

auf dem Siegeszuge nach Paris

mit 6 kol. Kupfern und 1 Karte von W. Krause, illustr. von L. Thalheim.

Preis 25 Sgr.

Diese interessante Erzählung, die Geschichte des diesjährigen Krieges enthaltend, wird der Jugend ein treues Bild unserer ruhmreichen Krieger geben, gewürzt durch die Erlebnisse eines jugendlichen Helden, der den Feldzug mitgemacht hat.

Posener Landwehr-Verein.

10. Gaben-Verzeichniß.

V. Jasse jun. 25 Thlr. Oberst Buchholz pro November 1 Thlr. Rentier Klug deßgl. 2 Thlr. Oberarzt Martin 2 Thlr. Aus dem Gröde eines durch B. Hellbronn arrangirten Vergnügens 3 Thlr. Präsid. Billenbücher 2. Beitrag 2 Thlr. Landschafts-Sekretär 2 Thlr. Kapellen Kirche, Beitrag der einer am 3. November c. im Lambertischen Saale abgehalten religiösen Versammlung 3 Thlr. 16 Sgr. Aus der Sammelbüchse beim Kaufmann Silverstein 1 Thlr. 20 Sgr. Königliche Kommandantur aus der 3. Lagerkasse (3. Gab.) 20 Thlr. Aus der Sammelbüchse von Hirschfeld u. Wolff 9 Thlr. 15 Sgr. Witwe Haupt 1 Thlr. Lieutenant Borchart 1 Thlr. Lieutenant Sch 1 Thlr. Kaufmann Wirth Kuczynski 1 Thlr.

Der Vorstand.

Ein guter Fliegel kräftiger Tonos ist wegen Margel an Raum sofort billig zu vermieten. Hobegasse 4 bei Volkmer.

Durch die dankenswerthe Güte des Kaufmanns Herrn Robert Schmidt bin ich den Stand gezeigt, eine Sendung warmer Kleidungsstücke den Truppen des 5. Armeecorps vor Paris zukommen lassen zu können.

Vielleicht finden sich die Herren Inhaber ähnlicher Geschäfte bereit, und werden hiermit freundlich gebeten, auch ihr milde Hand aufzuthun und von den Vorräthen ihres Lagers beizutragen, damit die

sich öfter bietenden Gelegenheiten benutzt werden können, noch diejenigen unserer braven Truppen vor Paris mit warmen Sachen zu versorgen, welche bis jetzt deren noch vielfältig entbehren. Besonders wohlene Jacken und Leibbinden.

Jedes Voos behält so lange seinen Werth, bis es mit einem Gewinn mindestens 10 Fr. gezogen wird. Verlust ist also unmöglich. Auswärtige Aufträge gegen Postanweisung effektuirt sofort

das Lotterie-Comptoir

Siegmond Sachs,

Posen, Markt 87.

M. 7 XII. A. 7. J. I.

Jeden Mittwoch und Sonnabend Eisbeine bei Karl Müller, Bautzenstr. 11.

Unterzeichnete ist gern bereit, die Gaben in Empfang zu nehmen und mit bestem Danke darüber zu quittieren.

Generalin v. Kirchbach,
Berlinstr. 27.

